

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl 1082

Freitag, 17. Juni 1966

Blatt 1828

Aufstellung der Geschwornen- und Schöffnenliste

=====

17. Juni 1966 (RK) Heuer werden, wie in jedem vierten Jahr, die zum Amt eines Geschwornen und Schöffnen geeigneten Personen erfaßt. Hiezu werden von den Magistratischen Bezirksämtern Formblätter und Kuverts ausgegeben, in denen die ausgefüllten Formblätter verschlossen werden.

Die Hauseigentümer oder ihre Stellvertreter (Hauswarte) werden ersucht, diese Formblätter in der Zeit vom 20. Juni bis 1. Juli an Werktagen außer Samstag, während der Amtsstunden beim zuständigen Magistratischen Bezirksamt abzuholen. Sie müssen sodann die Drucksorten jenen Hausbewohnern zur Ausfüllung übergeben, die österreichische Staatsbürger und spätestens im Jahre 1936 geboren, also mindestens 30 Jahre alt sind.

Auf der Rückseite des Formblattes befindet sich eine Anleitung, aus der auch zu ersehen ist, welche Personen zum Ausfüllen des Formblattes nicht verpflichtet sind. Hiezu gehören insbesondere alle aktiven Bediensteten des Bundes und der Länder (der Stadt Wien). Das Formblatt ist wahrheitsgemäß auszufüllen, in dem beigegebenen Kuvert zu verschließen und dem Hauseigentümer (Stellvertreter) oder unmittelbar beim zuständigen Magistratischen Bezirksamt bis 8. Juli abzugeben. Das Nähere enthält eine Kundmachung des Bürgermeisters, die öffentlich angeschlagen ist. Ein Exemplar dieser Kundmachung wird zugleich mit den Formblättern dem Hauseigentümer (Stellvertreter) ausgefolgt und soll an einer allen Hausbewohnern leicht zugänglichen und gut sichtbaren Stelle im Hausflur angeschlagen werden.

- - -

9. Europa-Gespräch der Stadt Wien:"Die Rolle des Wissenschaftlers in der modernen Gesellschaft"Auszug aus dem Referat von Prof. F.V. Konstantinov

17. Juni (RK) Heute vormittag hielt Professor F.V. Konstantinov (Sowjetunion) im Rahmen des 9. Europa-Gesprächs ein Referat zum Thema "Die Rolle des Wissenschaftlers in der modernen Gesellschaft", aus dem wir folgenden Auszug wiedergeben:

Noch niemals in der Geschichte stand dieses Problem so scharf und hatte solch eine große, reale Bedeutung. Die Wissenschaft hörte auf, die Sache einer kleinen Gruppe des "geistigen Adels" zu sein; die Ergebnisse ihrer Entwicklung betreffen das Schicksal von Millionen Menschen, und Millionen Menschen sehen die Gelehrten mit Angst und Hoffnung an.

Wieso das passiert? Warum ziehen die Wege des wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschrittes die Aufmerksamkeit auf sich und beunruhigen immer mehr Menschen? Die Antwort muß man in einer besonderen Rolle suchen, die die Wissenschaft in der modernen Gesellschaft spielt. Die Wissenschaft entstand und entwickelt sich im engen Zusammenhang mit den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Praxis. Der Sinn der wissenschaftlichen Erkenntnis besteht letzten Endes in der Vorbereitung praktischer Umbildung der Natur und Gesellschaft. Die Einheit der Theorie und Praxis ist der Ausgangspunkt für das Verständnis des Wesens der Wissenschaft. Aber es wäre falsch, diese Einheit auf den bornierten Praktizismus zurückzubeziehen. Es ist falsch, zu meinen, daß die Aufmerksamkeit der Wissenschaftler auf die alleinige Lösung der utilitären Probleme der Gegenwart gerichtet werden muß. Solche Anschauungen bringen der wissenschaftlichen Tätigkeit Schaden: Die Gesellschaft muß über die Welt bedeutend mehr wissen, als es für ihre gegenwärtigen Bedürfnisse nötig ist. Die Wissenschaft ist ein vielstöckiges Gebäude.

Gegenwärtig gibt es in der Welt etwa zwei Millionen Wissenschaftler, wobei die Vergrößerung ihrer Zahl den Zuwachs der Bevölkerung bedeutend überholt. Der Umfang der wissenschaftlichen Tätigkeit verdoppelt sich pro Jahrzehnt.

Ja, die Wissenschaft ist nach ihrem Geist revolutionär und humanistisch. Sie ist berufen, dem Wohl des Menschen und der Menschheit zu dienen.

Der wissenschaftliche Fortschritt ist mit dem technischen Fortschritt organisch verbunden. Große Entdeckungen auf dem Gebiet verschiedener Spezialwissenschaften führten in der letzten Zeit zu einer echten wissenschaftlich-technischen Revolution, die in verschiedenen Formen erscheint.

Können die Wissenschaftler sagen: "Wir tun alles, um den Menschen zu erhöhen und ihn von der Furcht vor einem zerstörenden Krieg, von Krankheiten, von der entfremdeten Macht der Sozialkräfte zu befreien?" Auf diese Fragen muß man eine negative Antwort geben.

Jeder Wissenschaftler erfüllt eine bestimmte Funktion, beschäftigt sich mit einer bestimmten wissenschaftlichen Tätigkeit, die im Ergebnis der Arbeitsteilung in der gegebenen Gesellschaft entstanden ist. Er ist eines der Glieder, eines der Schräubchen des komplizierten Sozialinstituts der Wissenschaft. Er ist auf dem Gebiet seiner Tätigkeit unumschränkt. Aber er ist bei weitem nicht immer imstande, soziale Folgen seiner Entdeckungen zu kontrollieren, die von ihm entfremdet werden und eine selbständige und von ihrem Schöpfer unabhängige Existenz gewinnen, in dem sie sich den Gesetzen der gegebenen Gesellschaft unterordnen.

Hier erhebt sich die Frage, über die moralische Verantwortung des Wissenschaftlers vor der Menschheit, die eine prinzipielle Bedeutung hat. Je grandioser die Leistungen der Wissenschaft sind, je wichtiger und bedeutender ihre sozialen Wirkungen sind, desto mehr steigt die Verantwortung des Wissenschaftlers. Die wachsende Rolle der Wissenschaft und Technik im Leben der modernen Gesellschaft legt immer größeren Wert auf die Entscheidungen, die der Wissenschaftler als ein Bürger, als ein Mann des öffentlichen Lebens treffen muß. Und darum ist die Verantwortung des Wissenschaftlers für das Schicksal der Völker, das Leben und Glück der Menschen noch niemals in der Geschichte so groß, wie zu unserer Zeit gewesen.

In der Gegenwart ist jede Entscheidung, die kardinale, staatliche, internationale, militärische, ökonomische, soziale,

technische Probleme des öffentlichen Lebens betrifft, ohne wissenschaftliche Grundlage unmöglich. Hieraus ergibt sich die doppelte Verantwortung des Wissenschaftlers vor der Gesellschaft - für die Ergebnisse seiner schöpferischen wissenschaftlichen Forschungen und für seine Empfehlungen.

Der Wissenschaftler hat kein moralisches Recht, sich in einen Elfenbeinturm einzuschließen und gegen die Verantwortung zu sträuben. Der Wissenschaftler muß verstehen, daß er, nach Worten von Niels Bohr, nicht nur ein Zuschauer, sondern auch ein Schauspieler im großen Lebensdrama ist.

Wie muß die Gesellschaft aussehen, in der nicht nur die Naturkräfte, sondern auch die zerstörenden gesellschaftlichen Kräfte der Macht des Menschen untergeordnet werden können? Die menschliche Gesellschaft muß auf vernünftiger Grundlage, auf Grundlage der Wissenschaft über die vom Antagonismus befreite Gesellschaft gebaut werden. In dieser Gesellschaft wird die Furcht vor einem verheerenden Krieg verschwinden, den die Anwendung der Kernwaffe mit sich bringt. Die Autorität des Wissenschaftlers, seine Stellung in der Gesellschaft, seine Kenntnisse geben ihm das Recht, seine Stimme gegen die Kriegsgefahr, gegen die auf der Erde geführten Kriege zu erheben. Die objektive wissenschaftliche Analyse der Möglichkeiten des modernen Krieges, der Folgen der Anwendung der thermonuklearen Waffe, der ökonomischen, politischen und kulturellen Faktoren des innerstaatlichen und internationalen Lebens ist eine wichtige Bedingung für eine erfolgreiche Lösung vieler Lebensfragen.

Unvergleichlich wächst die Rolle der Wissenschaftler - der Vertreter der humanitären Wissenschaften - der Philosophen und Soziologen in der modernen Welt, deren Forschungen nicht nur die Gesetzmäßigkeiten des gegenwärtigen Lebens aufdecken, sondern auch zur Ausarbeitung einer neuen Denkweise, eines neuen Weltverstehens und Weltempfindens beitragen.

Die wirklichen Wissenschaftler einigt immer ein gemeinsamer Charakterzug - eine ehrliche und aufrichtige Suche nach der Wahrheit. Und das ist eine höchst feste Grundlage für ein gegenseitiges Verständnis und gemeinsame Aktionen zum Wohl der Menschheit, unabhängig von ihren politischen Überzeugungen.

Man muß fatale optimistische und fatale pessimistische Prognosen über die Zukunft ablehnen und die in der Geschichte geltenden objektiven und subjektiven Faktoren ernstlich berücksichtigen. Die Geschichte zeugt davon, daß die Menschheit ihr Recht auf weitere Existenz nie automatisch erwarb, aber es in einem schweren Kampf gegen Epidemien, Naturkatastrophen, Zerstörungen und Verheerungen, die zahlreiche Kriege brachten, eroberte. Die materielle und kulturelle Hinterlassenschaft des Vergangenen ist eine ernste, aber nicht genügende Garantie des weiteren Fortschrittes.

- - -

Aber dieser Prozeß hat auch seine Kehrseite. Die wachsende Spezialisierung der Wissenschaft, immer größere Anwendung der Symbolik und der professionellen Sprache trennen den Wissenschaftler und die anderen Leute und öfters sogar die Vertreter der verschiedenen Gebiete der Wissenschaft.

Wenn Aristoteles und sogar Leonardo da Vinci und Newton imstande waren, sich alle letzten Leistungen der gegenwertigen Wissenschaft anzueignen, so bilden jetzt die Kenntnisse jedes einzelnen Wissenschaftlers nur einen kleinen Teil der wissenschaftlichen Leistungen, die die Gesellschaft im Ganzen besitzt. Die Zeit der universellen Genies verging, obwohl Robert Oppenheimer zu weit geht, wenn er behauptet, daß die moderne Wissenschaft zu einem Megegebiet einer engen Gruppe der Spezialisten wurde.

Alle diese Besonderheiten der Organisation der modernen Wissenschaft bringen uns zu einer prinzipiellen Schlußfolgerung: die Wissenschaft, der Wissenschaftler hängen von der Gesellschaft, von den Gesetzen ab, die ihre Existenz regulieren. Mit anderen Worten, verwirklicht sich die Tätigkeit des Wissenschaftlers im Rahmen bestimmter sozialer Institute, die ihren eigenen Typ des Funktionierens haben. Darum werden die Tätigkeit des Wissenschaftlers, ihre Tendenz, der Umfang und der Sinn wissenschaftlicher Forschungen nicht durch die Normen der abstrakten Vernunft und der abstrakten Moral bestimmt, sondern sind eine Seite, ein Fragment der Arbeitsteilung, die sich in der gegebenen Gesellschaft unabhängig vom Willen des einzelnen Menschen gebildet hat.

In der Betonung des Zusammenhangs der Wissenschaft und der Gesellschaft, in einer tiefen Analyse seines Charakters befinden sich die Schlüssel zum Verständnis der paradoxen Lage, daß die Wissenschaft in der modernen Gesellschaft ein mächtiges Mittel sowohl des Schaffens als auch der Zerstörung, ein Ursprung sowohl der Freude als auch des Unglücks von Millionen Menschen ist.

9. Europa-Gespräch der Stadt Wien:Die politische Verantwortung des Künstlers
=====Auszug aus dem Referat von Dir. Dr. W. Hoffmann

17. Juni (RK) Heute abend hielt Dir. Dr. W. Hoffmann (Österreich) in Rahmen des 9. Europa-Gesprächs ein Referat zum Thema "Die politische Verantwortung des Künstlers", aus dem wir folgenden Auszug wiedergeben:

Der Titel meines Referates setzt Zusammenhänge zwischen Kunst und Politik voraus. Da es eine apolitische Auffassung vom Kunstwerk gibt, die das bestreitet, sei vorwegnehmend die geschichtliche Wurzel dieser Beziehung in Erinnerung gebracht: sie reicht in die staatsstheoretischen Spekulationen der griechischen Philosophie zurück. Seit es Politik, als die Lehre vom Staat, gibt, beschäftigt sich der Politiker mit dem Künstler, ist der Künstler von politischen Versuchungen, Verordnungen und Tabus umstellt. Geschichtlich gesehen liegt ein mit unterschiedlicher Intensität geführtes Wechselgespräch vor, das sich in die Extreme von Anziehung und Abstoßung zuspitzen kann. Es gibt Meinungen, die diese Beziehungen zwar nicht leugnen, aber bedauern, da sie in ihnen die nichtüberbrückliche Verquickung zweier Bereiche feststellen, die nichts miteinander zu tun haben sollten. Dem ist entgegenzuhalten, daß Künstler und Politiker auf einem gemeinsamen Terrain handeln. Ihr Objekt ist der Mensch, der überzeugt und gewonnen werden soll - einmal als Staatsbürger, das andere Mal als Publikum. Das Instrument dieser Überredung heißt Weltanschauung: in diesen vieldeutigen Begriff treffen alle künstlerischen und politischen Wunschbilder zusammen, deren Ziel die Veränderung konkreter Gegebenheiten ist. Künstler und Politiker wollen den Menschen nicht nur für sich gewinnen, sie wollen ihn und seine Welt verändern. Wir sprechen also nicht von komplementären Wechselbeziehungen: wir sprechen von einer grundsätzlichen Rivalität.

Als schöpferische Persönlichkeiten verstanden, streben Künstler und Politiker danach, das Rohmaterial von Welt und Mensch ihren Gestaltungsabsichten gefügig zu machen und zu einer kohärenten Sinngebung zu verdichten. Man könnte diesen Analogien, die selbstverständlich einen strengen und hohen Begriff des Künstlers und Politikers voraussetzen, noch andere hinzufügen. Sie mögen vorläufig ausreichen, um einleitend die Beziehung dieser beiden Menschentypen als Wettbewerbssituation zu charakterisieren, in der Scheinbündnisse, Unterwerfungen und Waffenstillstände einander ablösen. Das ist das unstrittene Terrain, auf dem die politische Verantwortung des Künstlers zum Zug kommt.

Ist die politische Verantwortung des Künstlers unverbindlicher Luxus oder Akt moralischer Selbstachtung, ist sie Fleißaufgabe oder verordnetes Lippenbekenntnis? Der Westen neigt dazu, die politische Verantwortung des Künstlers auf außerkünstlerische Kundgebungen abzuschieben und mit dem Unterschreiben von Petitionen und dem Abfassen von Protesten gleichzusetzen. Da diese Aktionen den Künstler zwar zur moralischen Instanz erheben und als Staatsbürger festlegen, ihm aber keine schöpferischen Verbindlichkeiten abfordern, liegen sie außerhalb unserer Fragestellung - was man nicht als Geringschätzung mißdeuten möge.

Gemeinhin glaubt man, das Problem politischer Verantwortung existiere nur in Gesellschaftsordnungen, in denen das politische Machtwort das Maß aller Dinge setzt. In Wahrheit liegt die alarmierende Aktualität unseres Problems gerade in der Tatsache, daß es die bürgerlichen Demokratien ebenso beschäftigt, wie die Länder des Sozialismus. Der amerikanische Präsident, der sich mit künstlerischen Beratern umgibt und die gesellschaftlichen Veranstaltungen des Weißen Hauses mit hervorragenden Vertretern des Kunst- und Geisteslebens dekoriert, unterliegt nicht bloß mediceischen Anwandlungen: er erheischt von seinen Ratgebern und Gästen moralische Schützenhilfe, das heißt die Sanktionierung seines politischen Programms. Das Außenministerium der Vereinigten Staaten, das Ausstellungen, Orchester und Tanzensembles ins Ausland schickt, rührt die Werbetrommel.

Kunst, zu politischen Propagandazwecken manipuliert, läßt politische Mitverantwortung auf sich: sie wird in den Zeugenstand genötigt, der den staatserhaltenden Plädoyers vorbehalten ist. Staatspolitisch mündig gesprochen, deckt sie den Apparat, der sich ihrer zu seiner Selbstdarstellung bedient. Im Osten wie im Westen soll die Kunst für die Gesellschaftsordnungen werben, als deren anschauliche Inkarnation sie ausgebaut wird: dort als plakative Fortschrittsverherrlichung und als Instrument der "ideologischen Erziehung der Werktätigen im Geiste des Sozialismus", hier als eine von vielen Manifestationen des "free enterprise" und des unbegrenzten Wettbewerbs aller mit allen.

Ich stelle die paradox anmutende These auf, daß die politische Ausbeutung der Kunst notwendig dort totalen Umfang annehmen muß, wo der Staat über keine maßstabssetzende Kunstlehre verfügt und folglich, stolz auf sein bequemes Gewährenlassen, schlechthin jedwede künstlerische Äußerung nicht nur gelten läßt, sondern als willkommenes Alibi seiner Duldsamkeit in das Schaufenster seiner Propaganda stellen muß. Daß unseren Politikern dabei nicht immer sehr wohl ist, steht auf einem anderen Blatt. Ein Blick auf die Biennale in Venedig zeigt, daß der heute von Staats wegen praktizierte Toleranzradius unbegrenzt ist. Auch die östlichen Länder schließen sich bereits dieser Tendenz an, doch gibt es noch immer Ausnahmen. Indem zum Beispiel die Sowjet-Union nur solchen Künstlern Auslandsausstellungen gewährt, die sich formal und inhaltlich mit den Staatsidealen identifizieren, erspart sie allen anderen die Blästigung durch den beamteten Kunstpropagandisten und überläßt ihnen ein Schongebiet, eine Art Niemandsland, das dem Zugriff der politischen Werber entzogen ist. Wenigstens vorläufig, muß man hinzufügen, denn neuerdings zeigt sich auch in der Sowjet-Union wachsende Unsicherheit bei der Festlegung des künstlerischen Exportkontingents.

Immer dominiert dort freilich noch die Spannung, die das Kunstleben der westlichen Demokratien entbehren muß: die Spannung zwischen der offiziellen Kunst und jener der "inneren Emigration", - ein Begriff, der nebenbei bemerkt nicht aus der Hitlerzeit stammt, sondern vor mehr als vierzig Jahren von Trotzky geprägt und auf den Dichter Zamyatin angewendet wurde. Während in unseren Breiten jeder Künstler damit rechnen muß, als Aushängeschild eines politischen Systems mißbraucht zu werden - man bedenke, daß selbst Franco-Spanien nichts dabei fand, Picasso-Bilder in seinem Pavillon auf der New Yorker Weltausstellung 1964 zu zeigen -, bietet die rigorose sowjetische Kunstpolitik dem Dissidenten die Chance, sich in das Reservat der offiziellen Nichtbeachtung zurückzuziehen. Das muß man aussprechen, auch wenn man die materielle Seite des Problems nicht verschweigen darf: die Reservate der Nichtbeachtung sind keine Inseln des Wohlstands.

Die politische Ausmünzung der Kunst gebärdet sich nur solange großzügig, als der Künstler sich manipulieren läßt. Sobald er es ablehnt, als Staffagefigur der Wohlstandsgesellschaft zu posieren - nicht jede Einladung ins Weiße Haus wurde angenommen! - oder sich das Recht herausnimmt, die weltanschauliche Praxis seiner Betreuer zu kritisieren, verscherzt er sich deren Gunst. Wenn Präsident Johnson die besorgten Kritiker seiner Ostasienpolitik als nervöse Angsthasen abtut, so beweist er damit ebensowenig Einsicht in das politische Verantwortungsbewußtsein der Künstler und Intellektuellen, wie der westdeutsche Bundeskanzler während der letzten Wahlkampagne. Die Arroganz der beiden Staatsmänner wird noch übertroffen von der zynischen Reaktin des Chefredakteurs der "Pravda", der unlängst einen offenen Brief linksgerichteter französischer Künstler, der sich auf den Sinjavsky-Daniel-Prozeß bezog, mit der Bemerkung beantwortete: es wäre sinnlos, diesen Brief in der "Pravda" abzudrucken, da die sowjetische öffentliche Meinung die Auffassung seiner Unterzeichner nicht teile.

Diese Beispiele, denen sich unschwer österreichische Vorkommnisse anfügen ließen, sollen andeuten, daß die Beziehungen zwischen Künstler und Staat von einem tiefgreifenden und, wie ich glaube, grundsätzlichen Antagonismus bestimmt werden, den man freilich nur wahrnimmt, wenn man unter die Oberfläche der emsigen Kunstförderung blickt, die heute im Osten wie im Westen betrieben wird. Ankäufe, Aufträge, Stipendien, Preise und Subventionen sollen den Künstler gefügig machen und auf das Terrain locken, das der väterlichen Oberhoheit des Staates untersteht. Anstatt ihn zu verschleiern, betonen alle diese Maßnahmen den Umstand, daß die Obrigkeit im Künstler nicht den Partner, sondern das Objekt erblickt, das entsprechend den Grundsätzen der Staatsdoktrin zurechtgemodelt, in Gebrauch genommen oder ignoriert wird. Beide Gesellschaftsordnungen treffen sich überdies in der verächtlichen Herabsetzung des Künstlers zur *quantité négligeable*, sobald dieser Kritik an Dingen übt, für die der Politiker nur sich selbst zuständig glaubt. Politische Mitverantwortung wird nur dem eingeräumt, der sich zum Sprachrohr derer hergibt, die von sich aus die Richtung der Politik bestimmen.

Wir fragen nun nach den tieferen Gründen des Antagonismus, der die Gestaltungsansprüche des Künstlers von denen des Politikers trennt. Die Unvereinbarkeit der beiden Positionen stellt sich mit exemplarischer Eindringlichkeit bereits an der Wurzel des abendländischen Staatsdenkens dar. In dem Umriß, den Platon seinem idealen Gemeinwesens entwirft, sind die Aufgaben der Künstler genau umgrenzt und in das erzieherische Aufbauprogramm eingeplant; zugleich ist unüberhörbar die Warnung vor der ästhetisierenden Weltanschauung ausgesprochen, die damals um sich zu greifen begann. Platons Städtegründer hat vor allem den Dichtern und Musikern auf die Finger zu schauen. Tonarten, die die Jünglinge verweichlichen könnten, hat er zu untersagen. Die ausführliche Schilderung der Todesschrecken hat zu unterbleiben, da sie Kleinmut erzeugen könnte. Beschreibungen der Unterwelt sollten auf krasse Ausmalung des Grauens verzichten.

Dichtern und Märchenerzählern wird verboten, die Götter und Helden ungerecht oder in lächerlichen Situationen darzustellen, ihre Sinnengier oder Ränkesucht zu betonen. Wo grausame Vorfälle überliefert werden, wie die Taten des Kronos, sollte man sie besser verschweigen. Damit die Götter stets nur im vorteilhaftesten Licht erscheinen, muß man über sie so dichten, "daß Gott nicht an allem Ursache ist, sondern nur an dem Guten, ... denn was Gottes ist, muß doch in jeder Hinsicht vollkommen sein." Platon verkennt nicht, daß ihn sein kunstpolitischer Utilitarismus in Konflikt mit seinem ästhetischen Qualitätsempfinden bringt, insofern er ihn zwingt, auf den großen Künstler zugunsten des willfährigen zu verzichten.

Platons protektionistische Programmierung der Kunst besitzt Modellecharakter. Von ihr leitet sich die Arroganz ab, auf die unsere heutigen Politiker ihre Kunstverachtung stützen; aus ihr entspringt jedes Bemühen um Systematisierung und Reglementierung des künstlerischen Schaffens aus der Sicht außerkünstlerischer Wertgebäude; in ihr sind alle die Gebote und Verbote vorgezeichnet, die später Bernhard von Clairvaux, Calvin, das Tridentinische Konzil und Ludwig XIV. erlassen werden. Und noch die von kleinbürgerlicher Geschmacksenge inspirierten Kunstdiktate des 20. Jahrhunderts geben sich als pervertierte Abkömmlinge der platonischen Kunstbeugung zu erkennen. Sie dekretieren gleich Platon die makellose Darstellung positiver Idealtypen und übertreiben damit sogar die Geduld ihrer weltanschaulichen Gefolgsleute, die sich dann etwa so vernehmen lassen:

"Die Menschen unserer Zeit sind keine vorbildlichen Idealmenschen der Zukunft. Wenn ein Schriftsteller nur bestimmte Seiten eines Helden zeigt, wenn er alles, was ihn herabsetzen könnte, wegläßt und nur von seinem glühenden Eifer und seinen Arbeitsleistungen spricht, macht er aus ihm ein Wesen, das völlig unreal ist."

Diese Sätze Ilya Ehrenburgs kritisieren nicht nur die Kunstmaximen des sogenannten sozialistischen Realismus - den man richtiger einen idealistischen Naturalismus nennen sollte -, sondern lassen sich auf deren Prototyp, die dem platonischen Staatsbarden anbefohlene Heldenverehrung, anwenden.

Für Platon und die auf ihn folgenden politischen Gesetzgeber ist die Kunst eine viel zu wichtige Angelegenheit, als daß sie bereitwären, sie den Künstlern zu überlassen. Das Ergebnis dieser Beeinflussung durch außerkünstlerische Autoritäten ist die religiöse oder dynastisch-politischen Zwecken dienende Auftrags-, Macht- und Prestigekunst. Sie stellt einen Kompromiß dar, dessen Lebensfähigkeit so lange gewährleistet ist, als Künstler und Auftraggeber auf die Gültigkeit geschlossener Systeme pochen, das heißt, solange die gesellschaftliche Ordnung und das künstlerische Handeln unter einem überpersönlichen Autoritätszwang stehen.

Wollen wir unseren Überlegungen die Basis der Objektivität erhalten, so müssen wir einräumen, daß jede Vision einer geschlossenen Gesellschaft im gehorsamen Künstler eine wichtige Stütze, im ungehorsamen, der auf seiner Eigenmacht besteht, einen potentiellen Störenfried erblicken muß, der in letzter Konsequenz sogar ein staatsgefährdendes Element darstellt.

Dieses Beharrungs- und Sekuritätsdenken unterdrückte die im künstlerischen wie im politischen Bereich auf subjektive Selbstbestimmung dringenden Kräfte und provozierte sie zum Gegen Schlag. Im 18. Jahrhundert ereignete sich ein vielschichtiger Bewusstseinsprozeß, der die Verfechter der geschlossenen Systeme in die Defensive drängte. Während die Revolutionen in Amerika und Frankreich die Position des staatspolitischen Konservatismus erschüttern, büßt in der Kunst der Romantik das der Antike entlehnte Idealschöne seine unangefochtene Vorrangstellung ein. Optimistische Beobachter verzeichnen diesen Prozeß als befreiende Tat, der die Beziehungen von Kunst und Politik einen neuen Beginn verdanken. Auf den ersten Blick scheinen diese Stimmen recht zu haben, denn mit überraschender Gleichzeitigkeit setzt sich in Kunst und Politik der Übergang vom geschlossenen, hierarchischen System zum offenen Wettbewerb der Kräfte durch, löst die

subjektive Entscheidungsfreiheit die Bindung an vorgefaßte Regeln und Dogmen ab. Wie der Künstler der Bevorrechtung der Akademien ein Ende setzte, so erstrebt der revolutionäre Politiker die Abschaffung der Standesprivilegien und fordert gleiches Recht für alle. Steckt nicht in der Befreiung des künstlerischen und des politischen Handelns von der Vormundschaft unwandelbarer Autoritäten die Gewähr dafür, daß Kunst und Politik von nun an die Streitaxt der Rivalität begraben werden, da sie sich nicht mehr als geschlossene Systeme bekämpfen, sondern beide die Grundzüge ihrer Handlungsfreiheit aus dem Prinzip der Offenheit ableiten? Ist nicht die demokratische Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz der Garant dafür, daß sich der subjektiven Entscheidungsfreiheit fortan im künstlerischen wie im politischen Bereich neue, unbegrenzte Möglichkeiten erschließen werden?

Keines der beiden Gesellschaftsentwürfe, die sich heute auf das Jahr 1789 berufen, hat diese Hoffnung verwirklicht. Weder hat sich die bürgerliche Demokratie zu dem "freien und aufgeklärten Staat" entwickelt, der Henry David Thoreau vorschwebte, als er 1848 das Individuum als "eine höhere und unabhängige Macht" definierte, von der der Staat alle seine Macht bezieht, noch hat der Sozialismus östlicher Prägung den Auftrag verwirklicht, den ihm Marx im Kommunistischen Manifest mit folgenden Worten vorzeichnete: "An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." Die negative Umschreibung dieser Forderung steht bei Thoreau: "Unter einer Regierung, die irgend jemanden zu Unrecht verhaftet, ist das Gefängnis der wahre Ort des gerechten Mannes."

In der Tat, nicht in die Phrase umgesetzt, hätten diese schönen Vorsätze den Künstlern in Ost und West zu einer neuen, politisch-dynamischen Sinnggebung ihres Handelns verholfen. Die beamteten Politiker haben jedoch die Bündungshand gerade jener schöpferischen Persönlichkeiten und Gruppen ausgeschlagen, die sich dem revolutionären Aufbau einer neuen Gesellschaft zur Verfügung stellen wollten. 1920 bestellte die Wiener Stadtver-

waltung Adolf Loos zum Chefarchitekten ihres Siedlungsamtes - zwei Jahre später verließ der Architekt enttäuscht seine Stelle. Die Weimarer Republik wußte nichts mit dem "Bauhaus" anzufangen, indes die Nazis wenigstens die politische Bedeutung dieses Experiments erkannten und konsequent zu seiner Liquidierung schritten. Die Sowjetunion unterdrückte den Konstruktivismus der Zwanzigerjahre und wies später die revolutionäre Schützenhilfe der Surrealisten zurück. Le Corbusier, dessen Genie von drei französischen Republiken ignoriert wurde, konnte sich mit seinem Projekt für den Moskauer Sowjet-Palast nicht durchsetzen. Zur gleichen Zeit entschied man sich in Genf für den Bau eines Völkerbundpalastes im Geiste der potemkinschen Architektur des 19. Jahrhunderts.

Beide Gesellschaftsordnungen versündigen sich fortwährend an ihren Glaubenssätzen. Beide tragen dem Künstler die Erfindung einer Scheinwelt auf, die für das entschädigen soll, was die gesellschaftliche Wirklichkeit dem Staatsbürger vorenthält. Die Demokratien dulden im Kunstwerk eine der Rückzugsinseln des Spieltriebes, indem sie gleichzeitig die seelische Verarmung und geistige Verflachung hinnehmen; im Osten bestellt der Staat den Künstler zum optimistischen Verkünder einer Idealwelt, für die es in der Wirklichkeit noch an Belegen fehlt.

Im Osten wie im Westen ist die Staatsräson um die Schaffung einer angepaßten Gesellschaft bemüht. In beiden Teilen der Welt geben die Regierenden sich als die Vollzugsorgane der sogenannten breiten Masse, der "überwiegenden Mehrheit" des Volkes aus. Von der öffentlichen Meinung beaufsichtigt, wird der Politiker zu kunstfremden Entscheidungen gezwungen. Sofern die Demokratie als Institution sich um Kunst kümmert, verfällt sie immer wieder in die falsche Anwendung politischer Praktiken. Sie unterwirft das Kunstwerk, als wäre es eine Kommunaleinrichtung, dem Urteil anonymer Mehrheitsbeschlüsse, erhebt die Autorität der großen Zahl zur unappellablen Instanz und macht damit die Mittelmäßigen, Anpassungsfreudigen zu ihren verlässlichsten Gefolgsleuten.

Man verschließt sich der Einsicht, daß die Freiheit des künstlerischen Handelns, will sie ihren Eigensinn bewahren, mit den verfassungsmäßig garantierten Freiheiten aller Staatsbürger einfach nicht in Deckung zu bringen ist. Im Sozialismus wird nicht nur dem Künstler vorgeschrieben, was und wie er zu gestalten habe, sondern auch dem Publikum eine bestimmte ablehnende oder zustimmende Reaktion zur Pflicht gemacht. Verschärft wird dort die doppelte Bevormundung durch die Rückkehr des Staatsdenkens zum geschlossenen System. Ein engmaschiger, alle öffentlichen und privaten Lebensbereiche erfassender Staatsabsolutismus unterlegt der gesellschaftlichen Entwicklung eine Finalität, in der für die "freie Entwicklung eines jeden" kein Platz vorgesehen ist.

Unbefriedigt von dieser Reglementierung, hat man da und dort geglaubt, Trotzky's Schlagwort von der permanenten Revolution als Ansporn für eine neue schöpferische Öffnung nach vorne reklamieren zu können. Doch diese Hoffnung trügt. Trotzky's Formel postuliert ebenfalls einen Endzustand: den definitiven, weltweiten Triumph des Sozialismus. Was auf den ersten Blick wie der Sieg einer total geöffneten, von nationalen, rassischen und Klassenschranken befreiten Gesellschaft aussieht, würde in der Praxis in die Einförmigkeit der total geschlossenen Gesellschaft umschlagen.

Ich habe einleitend die Beziehung zwischen Künstler und Politiker als Antagonismus bezeichnet. Nichts an der Entwicklung der letzten 150 Jahre zwingt mich, diese Feststellung zu revidieren. Die Spannung ist heute schärfer, die Kluft tiefer denn je. Besaßen Künstler und Politiker so lange eine gemeinsame, koproduktive Basis, als beide sich dem Zwang geschlossener hierarchischer Systeme unterwarfen, so gibt es diese seit dem Ende des 18. Jahrhunderts nicht mehr. Der Künstler hat sie aufgekündigt. Er kann sich nicht mehr mit unverrückbaren, absolut gesetzten Werthierarchien abfinden, er erblickt seine Aufgabe darin, jeder schöpferischen Position das Piedestal der Endgültigkeit zu bestreiten, er begreift sich als Vollbringer einer permanenten Revolution, deren Dialektik sich jeder Synthese, jeglicher Finalität verweigert.

Vielleicht rührt die verwirrende Vielstimmigkeit künstlerischer Prozesse in unserem Jahrhundert nicht zuletzt daher, daß die Bewegungen des politischen Denkens immer träger, schwerfälliger und geistärmer werden. Machtdenken erzeugt begriffliche Unbeugsamkeit und Erstarrung. Da der Politiker heute wie ehemals unter dem Zwang der Befestigung seiner Macht handelt, muß er die fluktuierenden Impulse der offenen Gesellschaft durch Zwang oder Überredung wieder kanalisieren, den Staatsbürger mit Beglückungsbotschaften einschläfern und ihm als Lohn für seine Anpassungswilligkeit eine harmonische Menschheitszukunft prophezeien. Harmonie bedeutet Statik und Stabilität, Austritt aus dem geschichtlichen Wandel in die geschichtslose Endgültigkeit der Perfektion. Für den Politiker als Vollstrecker uralter, säkularisierter Erlösungshoffnungen ist die Veränderung der Gegenwart kein Akt der Öffnung, sondern ein Mittel, das die Zuständlichkeit einer ein für alle Male geordneten künftigen Gesellschaft herbeiführen soll. Darin unterscheidet er sich grundsätzlich vom Künstler: für diesen bedeutet Veränderung den Mut zum In-Frage-Stellen aller bereits gewonnenen Positionen, den Entschluß, kein letztes Wort, keine höchste Autorität gelten zu lassen.

Daraus folgt, daß die politische Verantwortung des Künstlers zwei komplementäre Aspekte aufweist, einen negativen und einen positiven. Negativ umschrieben besteht sie aus einem einzigen, ununterbrochenen Akt der Nichtanpassung, worunter ich freilich nicht den Konformismus der Nonkonformisten verstehe. Der Künstler muß außerhalb der politischen Programme und Marschrouten stehen. Es ist ihm untersagt, mit der von den Gesellschaftsplanern verordneten Welt der Stabilitäten und Autoritäten seinen Frieden zu machen. Er darf sich nicht in den Dienst der Prosperitätsstrategen begeben. Er hat die Klischees in Zweifel zu ziehen, die Schlagworte bloßzustellen, die anonymen Machtapparate zu enthüllen, Unruhe hervorzurufen, Ungenügen zu nähren. Er muß die kompakte Langeweile der veranstalteten und verwalteten Welt irritieren, die verführerische Glätte politischer oder kommerzieller Wunschbilder aufbrechen. Er muß diese Welt der Arrangeure entmystifizieren und den ungeheuren Gemeinplatz aus Phrase und Heuchelei, in dem wir leben, beim Namen nennen.

Damit ist umschrieben, wovon der Künstler sich lossagen muß und wogegen er Stellung zu beziehen hat. Doch die Abstinenz der Nichtanpassung wäre kein ausreichender Anlaß für den schöpferischen Akt. Sie ist gleichwohl die Voraussetzung für den freien Entschluß des Künstlers, den Weltbild des Politikers sein eigenes entgegenzustellen. Dazu ist es notwendig, daß er seine Rolle in dieser Rivalitätsbeziehung ernst nimmt und sich nicht von den bürgerlichen Vergnügungsideologien in die Sphäre des interesselosen ästhetischen Wohlgefallens abdrängen läßt. Nicht als Erzeuger von Scheinbildern und Reizobjekten hat der Künstler in unserer Gesellschaft eine Funktion, sondern als Anstoßerregter, der neue Bewußtseinsinhalte zur Diskussion stellt. Das Weltbild des Künstlers steht eigenmächtig und ebenbürtig neben dem des Politikers - es behandelt nicht eine Wirklichkeit geringerer Dichte oder Folgerichtigkeit, sondern muß als schöpferischer Gegenentwurf verstanden werden, der sich in Dimensionen erstreckt, die dem pragmatischen Fortschrittsdenken der politischen Ideologien verwehrt sind. Strebt der Politiker danach, die Welt im weitesten Umfang praktikabel nutzbar und vertraut zu machen, die zwischenmenschlichen Beziehungen zu rationalisieren, so geht es dem Künstler darum, hinter diese eingerastete, angeblich ausdeterminierte Welt seine Fragezeichen zu setzen. Er bestreitet ihren Propagatoren das Recht, sie als die einzig wirkliche Welt auszugeben. Überhaupt kann er sich nicht mit der Praktikabilität der Umwelt abfinden: im Gegenteil, dem Funktionsrationalismus der Konsumgesellschaft setzt er den Versuch entgegen, die Welt und den Menschen ihren kollektiven Verstrickungen und Versuchungen zu entfremden, um sie solcherart auf eine neue Bewußtseinsebene zu heben. Es obliegt dem Künstler, das Gewohnte ungewohnt, das Vertraute unvertraut zu machen, die geläufigen, ausgetretenen Wirklichkeitskategorien zu sprengen, größere Beunruhigungen, aber auch größere Verheißungen zu erwecken als es die politischen Schlagworte vermögen. Die vom politischen Zweckdenken unbetreute, weil beschnittene Ganzheit des Menschen ist das Terrain, auf dem der Künstler seine Gegenwelt zu errichten hat.

Politisch verantwortlich handelt der Künstler, der die Dimensionen der Verwandlung offen hält und ihre potentielle Unbegrenztheit gegen die amputierende Enge der Gesellschaftsplaner verteidigt, doch nicht um uns in ein Refugium zu locken, das für das entschädigt, was und die politisch verfestigte Wirklichkeit vorenthält, sondern um unser Bewußtsein zu schärfen und mit Maßstäben zur richtigen Einschätzung der Vorläufigkeit eben dieser politischen Wirklichkeit zu versehen.

Somit wird die politische Verantwortung des Künstlers erst fruchtbar, wenn wir ihren Dokumenten, den Kunstwerken, unter dem Blickwinkel der politischen Bewußtseinsbildung gegenüberreten. Ihre Wirksamkeit, ihre Signalkraft hängt von der Einstellung des Publikums ab.

- - -

WIENER FESTWOCHEN 1966

=====

Programm für Samstag, 18. Juni

Theater

- Theater an der Wien 19,30 Uhr Jacques Offenbach "Die Prinzessin von Trapezunt" Eigenproduktion der Direktion d.Wr.Festwochen
 Nachtstudio 23,00 Uraufführung: "Szenen aus dem wirklichen Leben" von Ernst Kölz, Text von Ernst Jandl
 Uraufführung: "Desperato" von Gerhard Lampersberg, Text von Thomas Bernhard
 "Genevieve de Brabant" von Eric Satie
- Staatsoper 18,30 Charles Gounod "Margarethe"
- Volksoper 19,30 Gastspiel der Vereinigten Bühnen, Graz
 Giuseppe Verdi "Attila"
- Burgtheater 19,30 G.E.Lessing "Nathan der Weise"
- Akademietheater 20,00 Johann Nestroy "Frühere Verhältnisse"
 "Der Affe und der Bräutigam" Neuinszenierung!!
- Theater in der Josefstadt 15,30 und 19,30 Österreichischer Einakter-
 abend: Rinaldo, Salten, Auernheimer "O du mein Wien ...!"
- Volkstheater 19,30 Yves Chatelain "Ein Abend zu zweit"
- Kammerspiele 20,00 Martin Costa und Hans Lang "Die Fiackermilli"
- Raimundtheater 19,30 Oscar Straus "Der letzte Walzer"
- Kleines Theater der Josefstadt im Konzerthaus 16,00 und 20,00
 Hans Krendlesberger "Die Aufgabe"
- Theater im Zentrum 20,00 Waldbrunn/Winiewicz "Die Flucht"
- Theater der Courage 20,00 Georg Orgel "Schattenspiele"
- Ateliertheater am Naschmarkt 20,00 Edward Bond "Gerettet!"
- Theater Die Tribüne 20,00 Jules Romain "Dr. Knock oder Der Triumph
 der Medizin"
- Experiment am Lichtenwerd 20,00 Altwiener Lokalposen
 Ferdinand Kringsteiner "Werthers Leiden"
 Philipp Hafner "Der beschäftigte Hausregent oder Das in
 einen unvermuthenden Todfall verkehrte Beylager der Fräule
 Fanille"
- Pupp-Art-Theater (Fadenbühne) Künstlerhaus Wien 17,00 Johann Nestroy
 "Die Lazzi des Lumpazi"

Theater am Börseplatz 20,00 Johann Nestroy "Frühere Verhältnisse"

Musik

Gesellschaft der Musikfreunde, Grosser Saal 19,30 Wiener Symphoniker
Dirigent Seiji Ozawa, Solist Josef Sivo
Debussy, Prokofieff, Berlioz

Sonstige Veranstaltungen

Malteserkirche 17,00 Mozart-Requiem, Leitung Joseph Heinz

Pfarrkirche St. Michael zu Heiligenstadt 19,30 Musikalische Weihe-
stunde, Leitung Prof. Leo Lehner
Ausführende: Ottokar Schöfer, Prof. Wilhelm Mück, Chorver-
einigung "Jung-Wien"

Modeschule der Stadt Wien im Schloss Hetzendorf 18,45 Modeschau

Spanische Reitschule, 1, Josefsplatz 14-16 Uhr Besuch der Stallungen

Son et Lumiere vor dem Schloss Belvedere 20,30 "Das Spiel um Prinz
Eugen" Eingang 4, Prinz Eugen-Strasse 27, Nur bei Schön-
wetter!!

Europagespräch 1966 "Der Einzelne und die Gemeinschaft" Gesprächs-
leitung Prof. Eugen Kogon
Volkshalle des Wiener Rathauses: Schlussdiskussion
Anfragen: Europareferat d. Kulturamtes d. Stadt Wien,
1080 Wien, Friedrich Schmidt-Platz 5, 2. Stock, Zimmer 80
Telephon 42800/2718 (Durchwahl)

Ausstellungen

Künstlerhaus (Französischer Saal) 1, Karlsplatz 5: 10-18 Uhr
"Engagierte Kunst - gesellschaftskritische Graphik seit
Goya" (veranstaltet von der Direktion der Wiener Festwochen)

Österreichisches Museum für Angewandte Kunst, 1, Weiskirchnerstr. 3
9-20 Uhr "Henri de Toulouse-Lautrec"

Österreichische Galerie, 3, Prinz Eugen-Strasse 27: 10-16 Uhr
"Hans Canon" Skizzen - Entwürfe - Dokumente

Oberes Belvedere, 3, Prinz Eugen-Strasse 27: 10-18 Uhr "Französische
Kunst und Kultur des 18. Jahrhunderts"

Neue Hofburg, 1, Neue Burg (Eingang Burggarten) 10-18 Uhr
"Die Kunst der Etrusker"

Kunsthistorisches Museum, 1, Burgring 5: 10-15 Uhr Neu aufgestellte
Sammlung alter Musikinstrumente in der Neuen Hofburg

- Graphische Sammlung Albertina, 1, Augustinerstrasse 1: 10-13 Uhr
"Zeichnung und Aquarell - Die Technik der grossen Meister"
- Museum des 20. Jahrhunderts, 3, Schweizergarten: 10-16 Uhr
"Herbert Boeckl" - Collagen und monumentale Entwürfe"
- Historisches Museum der Stadt Wien, 4, Karlsplatz: 9,15 - 13 Uhr
"Das barocke Wien - Stadtbild und Leben"
- Niederösterreichisches Landesmuseum, 1, Herrengasse 9 (Sonderausstellungsraum) 9-17 Uhr "Druckgraphik aus Niederösterreich"
- Wiener Secession, 1, Friedrichstrasse 12: 10-18 Uhr "Richard Gerstl"
- Österreichische Staatsdruckerei, 1, Wollzeile 27a: 8-12 Uhr
"Erich Veit, techn.Radierer und Heeresillustrator"
- Österreichisches Bauzentrum, 9, Palais Liechtenstein: 10-19 Uhr
"Das Bad im Freien - Österreichische Bäderbaufibel"
- Floridsdorfer Heimatmuseum, 21, Prager Strasse 33: 16-18 Uhr
"Karl Nieschlag, akad. Bildhauer"
- Sitzungssaal des Amtshauses, 16, Richard Wagner-Platz 19: 8-12 Uhr
"Das Wirtshaus zum silbernen Kanderl"
- Messepalast, 7. Messeplatz 1, Winterreitschule (Halle E)
10-20 Uhr "Wiener Form"

Bezirksveranstaltungen

2. Bezirk 9,00 Uhr WAC-Sportplatz, Rustenschacherallee 9
Sportfest der Leopoldstädter Hauptschulen
19,30 Uhr Wiener Marionettentheater, Festsaal des Hochhauses, Praterstern 1: "Die Entführung aus dem Serail" von W.A.Mozart
14-20 Uhr Sonderschau des Leopoldstädter Heimatmuseums im Planetarium "200 Jahre Prater"
4. Bezirk 20,00 Uhr Theater am Belvedere, Mommsengasse 11
Johann Nestroy "Verwickelte Geschichte"
5. Bezirk 19,30 Uhr Festsaal des Amtshauses, Schönbrunner Str.54
Lieder, Arien und konzertante Musik von J.S.Bach bis Strauss, Leitung Christa Verhay und Prof.Karl Höffinger
6. Bezirk 9,30-12,00 und 15,00-18,00 Uhr Mariahilfer Heimatmuseum Gumpendorferstrasse 4: Sonderausstellung "Die Mariahilferstrasse vom Glacis bis zum Linienwall"

9. Bezirk 16,00 Uhr Festsaal der Bezirksvorstehung Alsergrund
Währingerstrasse 43 "Eine Reise in das Märchenland"
Schülerinnen und Schüler der 3 A KMV-Schule, Währinger
Strasse 43, Leitung Fr.VObl.Juliane Rösner
In der Pause findet die Preisverteilung des Festwochen-
Preisausschreibens für die Jugend des Bezirkes statt.
10. Bezirk 17,00 Uhr Parkkonzert der Musikkapelle der Wr.Verkehrsbe-
triebe, Bahnhof Favoriten, Laaerberg, Volkspark
Kapellmeister Rudolf Podhradsky (Leitung)
16,00 Uhr Grosser Gartensaal des Favoritner Arbeiterhei-
mes, Laxenburger Strasse 8-10 "Zum musikalischen Ausklang"
ladet ein - die Favoritner Jugend!
Ausführende: Schüler der Musikpädagogin Maria Steinkellner
12. Bezirk 18,00 Uhr Festsaal der 3.Zentralberufsschule Längenfeld-
gasse 13-15 "Ballettabend" der Ballettschule Fritz Sidl
(Tänzer d.Staatsoper) unter Mitwirkung von Schülern die-
ser Ballettschule, als Gäste Mitglieder d.Wr.Staatsopern-
balletts
13. Bezirk 19,30 Uhr Festsaal d.Kriegsinvalidenhauses, Fasangarten-
gasse 101 "Sappho" Trauerspiel von Franz Grillparzer
Aufführung des Schülerheimes der Bundesfachschule f.Tech-
nik
14. Bezirk 15,30 Uhr Kasino-Lichtspiele, Linzerstrasse 297
Wiener Filmmatinee "Verklungenes Wien" mit Hörbiger,
Rosar, Schönauer, Imhoff u. Retty
15. Bezirk 8,30 Uhr "Red-Star"-Platz, Vogelweidplatz
Sport-, Spiel-, Turnfest d.Schuljugend v.Rudolfsheim-
Fünfhaus, Begrüssung: Reg.Rat Karl Ullmann
Musik: Kapelle d.ÖBB Wien-West, es turnt nachher der
WAT Rudolfsheim-Fünfhaus
19,30 Uhr Festsaal d.Bez.Vorst., Rosinagasse 4
Musikalische Edelsteine aus Österreich bringt Alice
Gross-Jiresch mit ihrem Ensemble
15,30 Uhr Wiener Marionettentheater, Avedikstrasse 27
"Der Barometermacher auf der Zauberinsel" von Ferdinand
Raimund
18. Bezirk 15,00 Uhr Endstation d.Strassenbahnlinie 41
Führung durch Alt-Pötzleinsdorf und das Geymüllerschloß
19. Bezirk 15,00 Uhr Besuch der Bundes-Lehr-und-Versuchsanstalt für
Bienenkunde/Führung, Leiter: Dr.Theodor Jachimowicz
Kartenausgabe i.d.Bez.Vorst.Gatterburggasse 14
Treffpunkt Grinzinger Allee 74, Für Kinder kein Zutritt
19,30 Uhr Musikalische Weihstunde der Chorvereinigung
"Jung-Wien" in der St.Michaels-Kirche, Hohe Warte
Leitung Prof.Leo Lehner

21. Bezirk 14,30 Uhr Autobusfahrt nach Gross-Enzersdorf
Treffpunkt vor dem Schnellbahnhof Floridsdorf
Führung R.Hösch

22. Bezirk 19,00 Uhr Volksheim Kaisermühlen, Schüttaustrasse
Theaterabend "Im Weissen Rössl" Singspiel von Ralph
Benatzky, Regie: Prof.Emmerich Vukovic
am Flügel: Prof.Ernst Gunacker

23. Bezirk 9-12 Uhr Liesinger Heimatmuseum: Sonderschau
"Der Liesingbach als namensgebender Faktor des Bezirkes"

- - -

WIENER FESTWOCHEN 1966
 =====

Programm für Sonntag, 19. Juni

Theater

Theater an der Wien 19,30 Uhr Jacques Offenbach "Die Prinzessin von Trapezunt" Eigenproduktion der Direktion der Wiener Festwochen

Staatsoper 18,30 Richard Strauss "Der Rosenkavalier"

Volkscoper 19,00 Johann Strauss "Die Fledermaus"

Burgtheater 2,00 Franz Grillparzer "Der Traum ein Leben"

Akademietheater 20,00 Johann Nestroy "Frühere Verhältnisse"
 "Der Affe und der Bräutigam"

Theater in der Josefstadt 15,30 und 19,30 Österreichischer Einakter-
 abend: Rismondo, Salten, Auernheimer "O du mein Wien ...!"

Volkstheater 19,30 Yves Chatelain "Ein Abend zu zweit"

Kammerspiele 20,00 Martin Costa und Hans Lang "Die Fiakermilli"

Raimundtheater 19,30 Oscar Straus "Der letzte Walzer"

Kleines Theater der Josefstadt im Konzerthaus 20,00 und 16,00 Uhr
 Hans Krendlesberger "Die Aufgabe"

Theater im Zentrum 20,00 Waldbrunn/Winiewicz "Die Flucht"

Theater der Courage 20,00 Georg Orgel "Schattenspiele"

Ateliertheater am Naschmarkt 20,00 Edward Bond "Gerettet!"

Theater Die Tribüne 20,00 Jules Romain "Dr. Knock oder Der Triumph
 der Medizin"

Experiment am Lichtenwerd 20,00 Altwiener Lokalposen
 Ferdinand Kringsteiner "Werthers Leiden"
 Philipp Hafner "Der beschäftigte Hausregent oder Das in
 einen unvermuthenden Todfall verkehrte Beylager der
 Fräule Fanille"

Theater am Börseplatz 20,00 Johann Nestroy "Frühere Verhältnisse"

Musik

Gesellschaft der Musikfreunde, Grosser Saal 11,00 Uhr Wiener Phil-
 harmoniker/Singverein, Dirigent Joseph Krips
 Solisten Wilma Lipp, Maureen Forrester, Peter Schreier,
 Martti Talvela: Beethoven, Missa solemnis

Rathausplatz 20,30 Uhr Schlusskonzert der Wiener Festwochen 1966
 Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester
 Dirigent Rudolf Bibl

Musik in der Kirche

Hofburkapelle 9,30 Uhr Bruckner/ Messe in e-moll
 Wiener Hofmusikkapelle, Dirigent Hans Gillesberger

Schönbrunner Schlosskapelle 10,00 Uhr Beethoven/Messe in C
 Leitung Josef Jernek

Pfarrkirche St. Gertrud 10,00 Uhr Orgelkonzert Franz Eibner

Augustinerkirche 11,00 Uhr Haydn/Paukenmesse, Leitung Josef Schabasser

Sonstige Veranstaltungen

Modeschule der Stadt Wien im Schloss Hetzendorf 18,45 Modeschau

Spanische Reitschule, 10,30 Uhr Vorführungen, im Anschluss Besuch der Stallungen, 1, Josefsplatz

Son et Lumiere vor dem Schloss Belvedere 20,30 "Das Spiel um Prinz Eugen" Eingang 4, Prinz Eugen-Strasse 27, nur Bei Schönwetter!

Ausstellungen

Künstlerhaus (Französischer Saal) 1, Karlsplatz 5: 10-18 Uhr
 "Engagierte Kunst - gesellschaftskritische Graphik seit Goya" veranstaltet von der Direktion d.Wr.Festwochen

Österreichisches Museum für Angewandte Kunst, 1, Weiskirchnerstr.3
 9-20 Uhr "Henri de Toulouse Lautrec"

Österreichische Galerie, 3, Prinz Eugen-Strasse 27: 9-13 Uhr
 "Hans Canon" Skizzen - Entwürfe - Dokumente

Oberes Belvedere, 3, Prinz Eugen-Strasse 27: 10-18 Uhr
 "Französische Kunst und Kultur des 18. Jahrhunderts"

Neue Hofburg, 1, Neue Burg (Eingang Burggarten) 10-18 Uhr
 "Die Kunst der Etrusker"

Kunsthistorisches Museum, 1, Burgring 5: 9-13 Uhr:
 Neu aufgestellte Sammlung alter Musikinstrumente in der Neuen Hofburg

Graphische Sammlung Albertina, 1, Augustinerstrasse 1: 10-13 Uhr
 "Zeichnung und Aquarell - die Technik der grossen Meister"

- Museum des 20. Jahrhunderts, 3, Schweizergarten: 10-13 Uhr
"Herbert Boeckl" Collagen und monumentale Entwürfe
- Historisches Museum der Stadt Wien, 4, Karlsplatz: 9,15-13 Uhr
"Das barocke Wien - Stadtbild und Leben"
- Niederösterreichisches Landesmuseum (Sonderausstellungsraum)
1, Herrengasse 9: 9-13 Uhr "Druckgraphik aus Nieder-
österreich"
- Wiener Secession, 1, Friedrichstrasse 12: 10-13 Uhr
"Richard Gerstl"
- Österreichische Nationalbank, 9, Otto-Wagner-Platz 3: 9-12 Uhr
"150 Jahre Österreichische Nationalbank - Ausstellung
von Münzen und Banknoten"
- Österreichisches Bauzentrum, 9, Palais Liechtenstein: 10-19 Uhr
"Das Bad im Freien - Österreichische Bäderbaufibel"
- Floridsdorfer Heimatmuseum, 21, Prager Strasse 33: 10-12 Uhr
"Karl Nieschlag, akad. Bildhauer"
- Messepalast, 7, Messeplatz 1 (Winterreitschule, Halle E) 10-20 Uhr
"Wiener Form"

Bezirksveranstaltungen

2. Bezirk 14-20 Uhr Sonderschau des Leopoldstädter Heimatmuseums
im Planetarium "200 Jahre Prater"
3. Bezirk 10-12 Uhr Landstrasser Heimatmuseum, Sechskrügelgasse 11
Sonderausstellung "Die Landstrasser Hauptstrasse im Wandel
der Zeiten"
4. Bezirk 17,30 Uhr Karlskirche: Abendmusik in der Karlskirche
Zur Aufführung gelangen Werke von Joseph Haydn und W.
W.A. Mozart, für Soli, Chor und Orchester
Orgel: Ingeborg Joanelli, Leitung: Friedrich Wolf
20,00 Uhr Theater am Belvedere, Mommsengasse 11
Johann Nestroy "Verwickelte Geschichte"
6. Bezirk 9,30-12 Uhr Mariahilfer Heimatmuseum, Gumpendorferstr. 4
Sonderausstellung "Die Mariahilferstrasse von Glacis bis
zum Linienwall"
9. Bezirk 10,00 Uhr Canisiuskirche, Lustkandlgasse 36
Hochamt. Clemens Maria Hofbauer und Messe von Goller
Leitung: Chordirektor Clemens Maria Hartl
10-12 Uhr Heimatmuseum Alsergrund, Währinger Strasse 43
Sonderschau: "Das Harmonietheater"

11. Bezirk 19,00 Uhr Festsaal des Simmeringer Amtshauses, Enkpl.2
"Musikalische Edelsteine aus Österreich" bringt
Alice Gross-Jiresch mit ihrem Ensemble
17. Bezirk 9-12 Uhr Hernalser Heimatmuseum, Sparkassengebäude
(Zentralsparkasse) am Elterleinplatz, 1. Stock
Sonderausstellung "Hernal's und Schrammel"
18. Bezirk 10,00 Uhr Stadtpfarrkirche St.Gertrud, Maynollogasse 3
Erwin Miggl: Missa magna mater austriae
Ausführende: Der Pfarrkirchenchor Währing unter Leitung
des Komponisten, Paul Lande (Orgel)
21. Bezirk 9,00 Uhr Schwarzlackenauer Pfarrkirche, Weissenwolfg.36
Messe "Nach alten deutschen Kirchenliedern"
Mitwirkend: Stammersdorfer Männergesangsverein, Leitung:
Dir. Eduard Winkler
- 10-12 Uhr Volksheim Gross-Jedlersdorf, Siemensstrasse 17
Ausstellung "Oskar Kokoschka"
- 19,30 Uhr "Gewerbliches Können im alten Floridsdorf"
Eührung H.Wurm, Floridsdorfer Heimatmuseum
22. Bezirk 9,30-12 Uhr Gasthaus Fischer, Wagramer Strasse 111
Blasmusik-Festkonzert, Kagraner Jugendkapelle unter Lei-
tung von Kapellmeister Norbert Bastel

Straßenbauarbeiten auf dem Ringelseeplatz in Floridsdorf

=====

17. Juni (RK) Bekanntlich entsteht auf dem Ringelseeplatz in Floridsdorf eine Reihe von Neubauten. Das große Floridsdorfer Hallenbad, eine Handelsakademie, eine Mittelschule und eine städtische Volksschule werden hier errichtet. Außerdem werden hier ab 1967 mehrere städtische Wohnhausanlagen gebaut werden.

Da die Hochbauarbeiten an den neuen Gebäuden schon weit fortgeschritten sind, kann in Kürze mit den notwendigen Straßenbauten in der Umgebung begonnen werden. Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte nunmehr einen Betrag von fünf Millionen Schilling, der dafür aufgewendet wird; davon sind als erste Baurate für 1966 1,9 Millionen Schilling vorgesehen. Die Fahrbahnen auf dem Ringelseeplatz werden einen neuen Asphaltbetonbelag erhalten, ebenso die Gehwege, Abstellspuren und öffentlichen Parkplätze.

- - -

Planung für Netz von Fernheizwerken beginnt

=====

17. Juni (RK) Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte den Betrag von einer Million Schilling, der für die Planung und die Vorbereitungsarbeiten für den Bau von mehreren Fernheizwerken und den dazugehörigen Fernleitungen benötigt wird.

- - -

Großes Sommerfest im Zentralkinderheim

=====

17. Juni (RK) Das Zentralkinderheim der Stadt Wien, 18, Bastiengasse 36-38, veranstaltet für seine kleinen Bewohner am kommenden Dienstag, dem 21. Juni, ein großes Sommerfest. Die bunte Veranstaltung, für die ein reichhaltiges Programm zusammengestellt wurde, beginnt um 15 Uhr.

- - -

Auch heuer reiches kulturelles Sommerprogramm in Wien.
=====

17. Juni (RK) Die Stadt Wien wird auch in diesem Jahr namhafte Beträge dafür aufwenden, daß die Gäste der Bundeshauptstadt hier ein vielseitiges kulturelles Veranstaltungsprogramm vorfinden. Zum Teil tritt die Stadt Wien selbst als Veranstalter hervor, zum anderen Teil subventioniert sie künstlerische Darbietungen. Insgesamt wurden dafür vom Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates 1,9 Millionen Schilling bewilligt.

Das musikalische Sommerprogramm umfaßt 26 Konzerte von Instrumental- und Gesangssolisten sowie Kammermusik in Alt-Wiener-Palais während der Zeit vom 4. Juli bis 31. August 1966. Palaiskonzerte werden an jedem Montag, Mittwoch und Donnerstag stattfinden.

Im Arkadenhof des Rathauses werden diesmal 18 Konzerte von den Wiener Symphonikern und dem Niederösterreichischen Tonkünstlerorchester bestritten. Bei einem einheitlichen Eintrittspreis von 15 Schilling finden die Arkadenhof-Konzerte zwischen dem 1. Juli und 30. August jeden Dienstag und Freitag statt.

Im Garten des Schlosses Belvedere spielt das Wiener Konzertorchester zwischen dem 4. Juli und dem 29. August an jedem Montag. Die insgesamt neun Konzerte im Schloßpark sind frei zugänglich. Im Volksgarten werden acht Konzerte des Wiener Konzertorchesters an jedem Donnerstag zwischen dem 7. Juli und 25. August bei freiem Eintritt zu hören sein. Die Musikkapellen der Wiener Stadtwerke und der Polizeimusik Wien werden in den Sommermonaten insgesamt 56 Konzerte auf Wiener Plätzen und Parkanlagen der äußeren Bezirke durchführen. Gespielt wird jeden Dienstag und Freitag.

Zum Wiener Sommerprogramm gehören auch die "Grüne Galerie" im Stadtpark, wo das Kulturamt der Stadt Wien Werke zeitgenössischer Künstler zeigt sowie die Vorstellungen der Kammeroper im Schönbrunner Schloßtheater und die durchgehende Vorstellungssreihe des Raimundtheaters.

Im Theater an der Wien veranstaltet die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien mehrere Aufführungen der Festwochenproduktion "Die Prinzessin von Trapezunt".

Zwei Uraufführungen im Festwochen-Nachtstudio
=====

17. Juni (RK) "szenen aus dem wirklichen leben" ist der Titel des 1966 entstandenen Stückes von Ernst Jandl, zu dem Ernst Kölz die Musik schrieb. Das Werk wird im Nachtstudio im Theater an der Wien am Samstag, dem 18. Juni, um 23 Uhr, uraufgeführt. In dem Drei-Personen-Stück wirken Ilse Scheer, Günther Frank und Hans Christian mit. Den "szenen" geht die Uraufführung eines Werkes des sowohl als Lyriker wie auch als Romanschriftsteller bekannten jungen österreichischen Autors Thomas Bernhard voran, dessen "desperato" von Gerhard Lampersberg vertont wurde. Als Solisten konnten Hilde Zadek und Herbert Prikopa gewonnen werden.

An den Beginn dieser letzten Nachtstudio-Produktion der Wiener Festwochen wurde ebenfalls ein Werk des musikalischen Theaters gestellt: Erik Saties in Wien noch nicht aufgeführte "Geneviève de Brabant". Grita Kral und der für den erkrankten Ernst Meister eingesprungene Rolf Truxa haben die Sprechpartien übernommen, Rose Kalasek und Gerhard Eder die Gesangspartien. Die Bühnenbilder zu den drei Darbietungen entwarf Franz Rogler, die Kostüme Barbara Langbein. Das Orchester bilden Solisten der Tonkünstler, die Einstudierung des mitwirkenden Rundfunkchors leitet Gottfried Preinfalk. Die musikalische Leitung des ganzen Abends hat Max Heider, die Regie Ulrich Baumgartner.

- - -

Antrittsbesuch des sudanesischen Botschafters
=====

17. Juni (RK) Heute mittag stattete der neue Botschafter der Republik Sudan, Sir El Khatim el Khalifa Bürgermeister Bruno Marek im Rathaus seinen Antrittsbesuch ab.

- - -

70. Geburtstag von August Matras
=====

17. Juni (RK) Am 18. Juni vollendet der Dermatologe Univ.-Prof. Dr. August Matras das 70. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren, wo er seine Studien absolvierte und sich 1933 an der Universität habilitierte. Sein spezielles Fach ist Dermatologie und Syphilidologie. Von ihm wurden rund 90 wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht, die sich vor allem mit den Hautkrankheiten befassen. Matras ist Mitglied der Deutschen und der Italienischen dermatologischen Gesellschaft. Sein Ruf geht weit über Österreich hinaus.

Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Gertrude Sandner haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschriften übermittelt.

- - -

Berta Danegger zum Gedenken
=====

17. Juni (RK) Auf den 18. Juni fällt der 100. Geburtstag der ehemaligen Burgschauspielerin Berta Danegger.

Sie wurde in Bodenbach an der Elbe geboren und wuchs in Frankfurt am Main auf, wo sie ihre erste Bühnentätigkeit ausübte. Nach einem Engagement in New York kehrte sie bald wieder nach Europa zurück und wurde in Wien heimisch, wo sie zuerst am Raimundtheater und dann an der Volksbühne auftrat. In den Jahren von 1905 bis 1913 gehörte sie als Charakterdarstellerin dem Burgtheater an. Die Künstlerin war mit dem Schauspieler Josef Danegger verheiratet, der lange Zeit das Wiener Konservatorium leitete. Ihre drei Kinder waren gleichfalls bekannte Schauspieler.

- - -

Rechnungsabschluß 1965 fristgerecht eingebracht
 =====

17. Juni (RK) In der heute unter Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates und des Finanzausschusses legte der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Felix Slavik den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1965 vor. Die Einbringung erfolgte fristgerecht. Die Einnahmen und Ausgaben sind mit 9.266,947.042 Schilling ausgeglichen. Zur Herbeiführung des Ausgleichs wurde der Gebarungsüberschuß von 24,894.358 Schilling der Allgemeinen Rücklage zugeführt. Durch die Zurechnung der Zinsen im Betrage von 17,493.428 Schilling erhöht sich der Stand der Allgemeinen Rücklage von 636,124.669 Schilling am Jahresbeginn, um 42,387.787 auf 678,512.457 Schilling am Jahresende.

Das Kontrollamt der Stadt Wien hat den Rechnungsabschluß der verfassungsmäßigen Prüfung unterzogen und in Übereinstimmung mit den Büchern und sonstigen Unterlagen befunden.

Der Rechnungsabschluß 1965 ist ab Dienstag, den 21. Juni, bis einschließlich Dienstag, den 5. Juli, im Rathaus zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Innerhalb der Amtsstunden kann in der Magistratsabteilung 5, 1, Rathaus, 2. Stock, Tür 451, Einsicht genommen werden.

Der Wiener Gemeinderat wird über den Rechnungsabschluß 1965 in seiner nächsten Sitzung, die voraussichtlich am 8. Juli stattfindet, beraten.

In der heutigen gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates und des Finanzausschusses wurde auch der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtige Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1965 vorgelegt.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
 =====

17. Juni (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit:
 Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karfiol 2.50 bis 3 S, Kohlrabi 1.20 bis 1.50 S je Stück, Weißkraut 1.20 bis 2.50 S, heurige Kartoffeln 2 S je Kilogramm.

Obst: Ananaserdbeeren 12 bis 14 S, Bananen 8 bis 10 S, Kirschen 7.50 bis 12 S je Kilogramm. - - -

9. Europa-Gespräch der Stadt Wien:

"Macht und Ohnmacht von Philosophie und Wissenschaft im
=====
Massenzeitalter"
=====

Auszug aus dem Referat von Dr. Georg Schischkoff

17. Juni (RK) Heute vormittag hielt Dr. Georg Schischkoff (Bundesrepublik Deutschland) ein Referat zum Thema "Macht und Ohnmacht von Philosophie und Wissenschaft im Massenzeitalter", aus dem wir folgenden Auszug wiedergeben:

Bei einer Untersuchung von Philosophie und Wissenschaft im Hinblick auf deren Entwicklung zur Macht und Ohnmacht muß man berücksichtigen, daß sich beide Entwicklungsabläufe seit Beginn der Neuzeit auf völlig verschiedenen Ebenen abgespielt haben. Es begann damit, daß die einzelnen Fragen der Wissenschaft und die sich daraus bildenden Wissenschaftsdisziplinen, die alle ihren Ursprung im philosophischen Denken hatten, allmählich aus dem Schoße der Mutter Philosophie entlassen wurden. Während die Philosophie in ihrer ursprünglichen Domäne der Ontologie, Metaphysik und Geistesanthropologie verblieb, um alte und neue Fragen stets von neuen Aspekten her zu interpretieren, wandten sich die realen Wissenschaften immer mehr der konkreten Welt und deren Gegebenheiten zu.

Die genannten Wissenschaften, worunter man vornehmlich die Gesamtheit der Naturwissenschaften versteht, haben sich ihrem Wesen nach den ontologischen und metaphysischen Hintergründen ihrer rational aufgebauten Theorien zunehmend distanziert und diese auf das methodologische Minimum solcher Fragen reduziert. Auf diese Weise wurde der klassische Blick für das Ganze im Hintergrund der Scheinwelt verfehlt, was unumgänglich dazu führte, daß auch beim Wissen und Forschen um den Menschen lediglich die äußere Erkenntnis als ausreichend deklariert wurde.

Von da an ging es tatsächlich nur um das Erkennen des Menschen als einen Naturgegenstand, der durch chemisch-physikalische Prozesse analysiert werden kann. Die Naturwissenschaft verzichtet von vornherein auf die Berücksichtigung des inneren Menschen, der sich geistig autonom wähnt und für dermaßen bildungsfähig hält, daß eine Veredelung seiner inneren Natur und dadurch der Natur aller Menschen möglich sein müßte. Als die Naturerkenntnis schließlich mehr und mehr den Charakter eines Mittels zur Beherrschung und Veränderung der Natur annahm, schuf sie dadurch zwar Mittel zur Beherrschung der menschlichen Natur, jedoch nicht auch solche zur Veredelung derselben. Gerade deshalb müßte sich der moderne Mensch vom Versagen seines eigenen Handelns her als auf breiter Front ausgespielt begreifen. Diese Beherrschung und der eigens dafür auf pluralistisch-technokratischer Ebene geformte neue Menschentypus leiteten das Massenzeitalter ein.

Die Philosophie baute unterdessen, insbesondere seit Beginn des eigens konzipierten humanistischen Zeitalters, ihre Anthropologie aus und förderte dadurch weitere Spezialdisziplinen wie Psychologie, Soziologie, Ethik, Ästhetik etc., denen man bald den Rang selbständiger Wissenschaften beimessen zu können glaubte. Als philosophische Disziplinen sind sie das freilich nie geworden und sofern einzelne unter ihnen die Wissenschaftlichkeit der Naturforschung nachzuahmen versuchten, konnten sie sich dem Schicksal der benachteiligten Wissenschaften nicht entziehen, am inneren Menschen nur vorbeizuforschen und Techniken für seine äußere Wirklichkeit oder Realität zu entwickeln. Die Philosophie aber glaubte, den Fortschritt im Menschen gerade diesen, ihren jüngsten Kindern erfolgreich anvertraut zu haben und merkte gar nicht, wie sehr sie mit diesem naiven Glauben ihre Ohnmacht demonstrierte. Denn ihre eigentliche Macht ist zwar an der Größe des Menschen, an der sich fortbewegenden Spitze der geistigen Entfaltung in der Geschichte erkennbar, es ist jedoch nur die Größe stets weniger Einzelner im einsamen Erleben der neuen Aspekte, aus der geistiges Wachstum hervorgeht. Damit kann aber lediglich die Größe des Menschen als anthropologische Abstraktion gemeint sein, nicht aber eine Größe, ein Emporwachsen der Menschen in ihrer konkreten Existenz.

Das Mißverständnis um die Macht der Wissenschaft und Forschung wurde unter anderem auch durch die Aufklärung herbeigeführt. Die Naturwissenschaft war Träger und Garant des Fortschrittsglaubens, und da nun Wissen und technisches Können als Größen menschlicher Macht auftraten, hatte man sie mit den eigentlichen Wesen des Menschen verwechselt, weshalb zugleich der Glaube an die Fortschrittlichkeit des inneren Menschen aufkam. Sofern sich dabei Philosophie und Theologie fortwährend in spekulativen Beweisen ergossen haben, wonach der Mensch mit guten Anlagen ausgestattet sei und bei deren Entfaltung in Fortschritt begriffen sein müsse, war der Irrtum um die sich selbst vollziehende Menschwerdung besiegelt. Was als ein tatkräftiges Dazutun auf dem Wege dieser inneren Verdung hätte geleistet werden sollen, wurde gegen den romantischen Glauben an den Menschen und gegen die Abstraktionen einer nur zum theoretischen Dasein verurteilten Pädagogik vertauscht. In der Tat wurde aber der Ansatz zur tiefgreifenden Erziehung und Persönlichkeitswerdung des Menschen seit W. von Humboldt keineswegs unrealistisch konzipiert. Woran es damals und auch in der Entwicklung bis zur Gegenwart zunehmend mangelte, war jene herausfordernde Pflicht im Bewußtsein führender Persönlichkeiten der Wissenschaft und Philosophie sowie der Politik, die sich als eine konkret realisierende Macht hätte auswirken müssen.

Fortschritt und Macht von Philosophie, Wissenschaft und Technik können - solange sie ohne konkrete Ausstrahlung auf den inneren Menschen und im allgemeinen auf die Menschen der modernen Gesellschaft begrenzt sind - nur rein formal als positiv gewertet werden. Wissenschaft und Technik sind schon ihrem Wesen nach geistesanthropologisch indifferent. Demnach reduziert sich ihre Ohnmacht im heutigen Weltgeschehen genauso wie die Ohnmacht der Philosophie auf die versagende Verantwortung der führenden Persönlichkeiten. Gemeint sind wahre Persönlichkeiten im höchsten Sinne der vielseitigen Aspekte konkreter menschlicher Existenz.

Bei dieser Betrachtung erhebt sich die Frage, ob es solche Persönlichkeiten überhaupt noch gibt, beziehungsweise ob sie sich mit dem Geist des Massenzeitalters vereinbaren lassen und ihnen im Zeitalter des Spezialistentums noch ein Platz eingeräumt werden kann. Eine andere Frage, die zu analysieren sich lohnen würde, ist: "Hat der moderne Staat als Förderer der Philosophie und Wissenschaft und als Verantwortlicher für die Massensteuerung die Rolle solcher Persönlichkeiten erkannt und deren Entfaltung eigens gefördert?"

- - -

9. Europa-Gespräch der Stadt Wien:

"Der Künstler und seine Aufgaben in der Gesellschaft"

=====

Auszug aus dem Referat von Prof. Dr. Stefan Zózkiewski

17. Juni (RK) Heute abend hielt Prof. Dr. Stefan Zózkiewski (Polen) im Rahmen des 9. Europa-Gesprächs ein Referat zum Thema "Der Künstler und seine Aufgaben in der Gesellschaft", aus dem wir folgenden Auszug wiedergeben:

Unter den aktuellen gesellschaftlichen Problemen, mit denen der Künstler und namentlich der Schriftsteller konfrontiert wird, stehen an erster Stelle der Gestaltungsprozeß einer sogenannten Massenkultur und die anthropologischen Auswirkungen dieses Prozesses. Die Entwicklung der Massenkultur sowie der Kultur großer industrieller Agglomeration wird durch die Institutionalisierung des kulturellen Lebens gefördert. Dies führt zu einer desindividualisierten Wahl gestaltender, verdrängter und gespeicherter Werte. Dieser Prozeß zieht gewisse anthropologische Folgen nach sich, er gestaltet eine bestimmte prinzipielle Persönlichkeit, die für die Gesellschaft einer Massenkultur oder einer technischen Zivilisation charakteristisch ist.

Eines der wesentlichsten Merkmale jener Persönlichkeit ist die auf Dinge gelenkte Konsumtionseinstellung, eine Neigung zum Oppositionspol "Sein und Haben". Die sich im Zuge einer Institutionalisierung des kulturellen Lebens entfaltende Persönlichkeit ist infolge Manipulierens durch Massen und Einzelpersonen bedroht. Ihr Verantwortungsgefühl wird geschwächt und ihre Freiheit beschränkt. Es bildet sich ein "Liliputkomplex" im Hinblick auf die Bedrohungen des Zusammenlebens angesichts von Kriegsgefahr etc., wodurch eine Festigung des Friedens begünstigt wird. Diese Fragen werden als "Gulliver-Dämonen" betrachtet, auf die die Einzelperson angeblich keinen Einfluß hat. Die Massenkultur durchdringt die Privatsphäre beziehungsweise eine Versuchssphäre der Freizeit und eine Fluchtsphäre (Evazion, Escape) abgesondert

./.

von den Erfahrungen in bezug auf Arbeit und Politik. Daraus resultiert eine Beeinträchtigung der vom Menschen als ganzer und schaffender Persönlichkeit angestrebten Einigkeit.

In einer sozialistischen Gesellschaftsform ergeben sich den Umständen entsprechend durchaus andere Möglichkeiten für eine gelenkte Gestaltung von Entwicklungsprozessen der Massenkultur. Dementsprechend werden auch andere anthropologische Erfolge erzielt. Eine wesentliche Bedingung hierfür ist nach Ansicht Prof. Dr. S. Zózkiewskis die Demokratisierung gesellschaftlich-wirtschaftlicher Beziehungen, die den entsprechenden Ausgleich des gesellschaftlichen Starts für Einzelpersonen begünstigt. Dies wiederum bedarf einer besonderen gesellschaftlichen Beweglichkeit. Soziale Vorteile erstrecken sich dann auf ganze Gruppen, Gesellschaftsschichten und -Klassen. Diese Vorteile bewirken nicht nur vertikale, sondern auch tiefgreifende strukturelle Verschiebungen von Einzelpersonen innerhalb der Grenzen sehr breiter Kategorien im Rahmen einer stabilen Gesellschaftsstruktur. Diesen Typus des Aufrückens ganzer Gruppen bestimmt ein ganz anderer Beweggrund für eine Teilnahme an der Kultur als es das Streben nach Erholung, Flucht und Zurückziehung in eine private Sphäre ist. Hier handelt es sich um eine Teilnahme, die die Gestaltung einer den Werten und nicht den Dingen zugewandten Persönlichkeit günstig beeinflusst.

Dies alles erfordert eine zweck- und planmäßige Realisierung der kulturellen Revolution. Eine der Grundbedingungen hierfür ist die Dekommerzialisierung der Kultur. Das räumt dem Menschen Handlungen ein, die in der sozialistischen Massenkultur auf eine Überwindung der Tendenz zur Stillosigkeit, zur Homogenität und Geringschätzung authentischer Werte, zum Aufgeben von Erziehungsehrgeiz, zur Isolierung der Sphäre Arbeit und Politik abzielen. Die polnischen empirisch-soziologischen Daten weisen auf die Gestaltung ebensolcher Prozesse hin.

Der Schriftsteller wird daher mit der Aufgabe des Mitwirkens an einer solchen kulturellen Revolution konfrontiert. So läßt zum Beispiel eine empirische Betrachtung der polnischen Nach-

kriegsliteratur effektive Wandlungen in bezug auf Inhalt und Form erkennen, die die Funktionen der Stilgestaltung, des Inhaltes der Massenkultur im Geiste des Kampfes um die erstrebten anthropologischen Erfolge in der Massenkultur Polens zu erfüllen scheinen. Die Literatur gestaltet das Muster einer Persönlichkeit, die den Werten unserer konkreten historischen Relation zugewandt ist. Bedingung für die Wirksamkeit dieser Vorhaben ist der Bruch mit der für die Massenkultur in der Welt typischen Tendenz, dem hoch-künstlerischen Schaffen nur am Rande des gesellschaftlichen Lebens einen Platz zuzugestehen.

Aus der Entwicklung der Massenkultur in Polen könnte man den Schluß ziehen, daß jenes Schaffen in die Tätigkeits-sphäre der Massenkommunikationsmittel einbezogen wurde. Diese Massenkommunikationsmittel begünstigen im allgemeinen eine Vereinheitlichung des Inhalts und Stils der Kultur. Eine Einschaltung der Schöpfer hoch-künstlerischer Werte in die Aktions-sphäre der Massenkommunikationsmittel favorisiert jene Vereinheitlichung des kulturellen Lebens in Polen in Richtung eines Stufenausgleichs nach oben. Hohe Schaffungswerte, die auf diese Weise verallgemeinert werden, vermögen die Gestaltung der Persönlichkeit von Einzelpersonen zu beeinflussen, indem sie eine Anstrengung zur Schaffung neuer kultureller Bedürfnisse verlangen und in Richtung einer Bereicherung der Persönlichkeit sowie einer Überschreitung der eigenen psychischen Grenzen tätig sind.

Der wesentliche Punkt in dieser Situation scheint jedoch die Tatsache zu sein, daß wir uns in Polen jener gesellschaftlichen Aufgaben und Erfolge des gesellschaftlichen Schaffens unserer Schriftsteller bewußt sind. Sehr wichtig ist aber auch das gesellschaftliche Verantwortungsgefühl des Künstlers, dessen Schaffen eine Sphäre der Freiheit zu sein hat.

- - -

9. Europa-Gespräch der Stadt Wien:"Ideologische Koexistenz?"

=====

Auszug aus dem Referat von Prof. Gustav A. Wetter S.J.

17. Juni (RK) Heute nachmittag hielt Professor Gustav A. Wetter S.J. (Österreich) im Rahmen des 9. Europa-Gesprächs ein Referat zum Thema "Ideologische Koexistenz", aus dem wir folgenden Auszug wiedergeben:

Um zu ermitteln, ob und in welchem Sinn das Koexistenzprinzip auf das Gebiet der Ideologie übertragbar ist, erweist es sich als notwendig, den Begriff "ideologische Koexistenz" zu analysieren. Die sowjetische Koexistenzdoktrin hat trotz der verhältnismäßig kurzen Zeit ihres Bestehens schon ihre Geschichte. Als vor etwa zehn Jahren der "Geist von Genf" ausbrach und im Zeichen der Koexistenz eine Periode der Entspannung einsetzte, legte die sowjetische Ideologie in der theoretischen Begründung ihrer Koexistenzdoktrin der Hauptakzent auf die Vermeidbarkeit der Kriege. Man machte geltend, daß das Prinzip der friedlichen Koexistenz eine direkte Folgerung aus der marxistisch-leninistischen Lehre darstelle. Aus der Leninschen Imperialismustheorie ergebe sich nämlich, daß im Zeitalter des Imperialismus die Kette der kapitalistischen Länder stärkere und schwächere Glieder aufweise. Daraus ergebe sich für die kämpfende Arbeiterklasse die Möglichkeit, diese Kette zuerst an ihrem schwächsten Glied zu sprengen und von hier aus die ganze Front des Kapitalismus aufzurollen. Das bedeute, daß der Sozialismus nicht gleichzeitig in der ganzen Welt verwirklicht werde, sondern nur nach und nach, indem ein Land nach dem anderen vom Kapitalismus "abfällt". Es werden also durch eine ganze geschichtliche Epoche hindurch kapitalistische und sozialistische Länder nebeneinander existieren beziehungsweise koexistieren.

Damit sind wir zwar schon bei der Koexistenz, aber noch nicht bei einer friedlichen Koexistenz. Die Tatsache, daß dieses Nebeneinanderexistieren sozialistischer und nicht-sozialistischer Länder friedlichen Charakter haben werde, ergibt sich aus einer anderen Grundthese des Marxismus. Dieser besagt, der Übergang zum Sozialismus könne nur dann vollzogen werden, wenn die nötigen objektiven und subjektiven Voraussetzungen zu seiner Verwirklichung im Inneren des betreffenden Landes herangereift seien. Mit Entrüstung wird von seiten der sozialistischen Länder die Verdächtigung zurückgewiesen, daß sie die Absicht hegen könnten, den Sozialismus mit militärischer Gewalt in noch nicht sozialistischen Ländern zu verwirklichen. Ein weiteres Argument ist: "Der Sozialismus könne nicht wie eine Ware von einem Land ins andere exportiert werden." Diese Berufung auf die marxistisch-leninistische Ideologie sollte die Aufrichtigkeit des sowjetischen Koexistenzangebotes in besonderer Weise glaubhaft machen.

Ein neuer Ton begann 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU in der sowjetischen Koexistenzmelodie anzuklingen. In seinem Rechenschaftsbericht nahm Chruschtschow gegen jene Genossen Stellung, die das Prinzip der friedlichen Koexistenz auch auf das Gebiet der Ideologie übertragen wollten. Er betonte mit Nachdruck, daß die friedliche Koexistenz nur für die politischen und wirtschaftlichen, nicht aber für die ideologischen Beziehungen mit dem Westen gelte. Auf dem Gebiete der Ideologie könne es nur einen konsequenten Kampf zwischen der kommunistischen und bürgerlichen Ideologie geben.

Es ist bekannt, daß die Chinesen sehr bald begannen, Chruschtschow wegen seiner Koexistenzdoktrin Revisionismus vorzuwerfen. Um ihnen auf halbem Wege entgegenzukommen, bemühte er sich, dieser Doktrin ein etwas aggressiveres Aussehen zu verleihen. "Friedliche Koexistenz", so erklärte man nunmehr, bedeute lediglich den Verzicht auf militärische Mittel in der Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Welt, nicht aber den Verzicht auf den Kampf als solchen. Vielmehr sei die friedliche Koexistenz nichts anderes als eine Form des Klassenkampfes, und zwar des Klassenkampfes "in der internationalen Arena". Seit

der russischen Oktoberrevolution verfüge die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus über eine Waffe, die sie bis dahin nicht besessen hatte: nämlich über den Staat. Seither habe der Klassenkampf von den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Klassen innerhalb der einzelnen Länder auf das Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen übergegriffen. Nun solle dieser internationale Klassenkampf nicht mit militärischen Mitteln geführt werden, sondern nur mit den Mitteln eines politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Kampfes, und wie der Kampf zwischen der Arbeiterklasse und dem Bürgertum innerhalb der einzelnen Länder notwendig mit dem Siege der Arbeiterklasse enden muß, so werde auf Grund der gleichen geschichtlichen Notwendigkeit auch die globale Auseinandersetzung zwischen sozialistischen und nicht-sozialistischen Staaten mit dem Siege des Sozialismus enden.

Aus dieser Skizze der Entstehungsgeschichte der sowjetischen Koexistenzdoktrin ist ersichtlich, daß die Frage der ideologischen Koexistenz erst späteren Datums ist. Ursprünglich besagte die Koexistenz nichts weiter als die Vermeidbarkeit eines neuen Weltkrieges. Erst später schränkte Chruschtschow das Koexistenzprinzip ausdrücklich auf den politischen und wirtschaftlichen Bereich ein und nahm das Gebiet der Ideologie davon aus, und noch später wurde das Prinzip des Kampfes vom ideologischen auch auf den wirtschaftlichen und politischen Sektor rückübertragen und die Koexistenz als Klassenkampf in der internationalen Arena definiert.

Als 1959 die Lehre von der Koexistenz als eine Form des Klassenkampfes propagiert zu werden begann, erschien in Nummer 16 des theoretischen Organs des Zentralkomitees der KPdSU, "Kommunist", der Leitartikel "Die friedliche Koexistenz und der ideologische Kampf", in welchem dieses Lehrstück der sowjetischen Ideologie des näheren begründet wird. Der Inhalt der in diesem Artikel dargelegten Gedanken ist kurz folgender:

1. Die Notwendigkeit eines ideologischen Kampfes trotz aller friedlichen Koexistenz ergibt sich daraus, daß es im Prinzip der Koexistenz nicht nur um das Verhältnis irgend-

welcher Staaten zueinander geht, sondern um das gegenseitige Verhältnis von Staaten mit unterschiedlicher Sozialordnung. Nun ist aber der Staat nach marxistischer Auffassung eine Form des politischen Überbaues. Er ist Werkzeug in den Händen der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der anderen Klasse. Die Staaten im kapitalistischen Lager verkörpern die Herrschaft der Klasse der Kapitalisten, die Staaten im sozialistischen Lager die Herrschaft der Arbeiterklasse. Die gegenseitigen Beziehungen von Staaten mit verschiedener sozialer Ordnung können sich also nicht in den diplomatischen Beziehungen erschöpfen, so wichtig diese auch sein mögen. Da zwischen der Arbeiterklasse und der Klasse der Kapitalisten ein unerbittlicher Kampf im Gange ist, kommt dieser Klassenkampf notwendigerweise auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen zum Ausdruck, und zwar, wie jeder Klassenkampf, in Gestalt eines wirtschaftliche, politischen und ideologischen Kampfes.

2. Dieser Kampf ist eine objektive soziale Gesetzmäßigkeit. Er kann durch keinerlei Abkommen aus der Welt geschafft werden, selbst wenn man dies wollte, und auf Grund ebenderselben Notwendigkeit wird er mit dem Sieg der fortschrittlicheren Klasse, das heißt der Arbeiterklasse, enden. Diesem internationalen Klassenkampf ein Ende zu setzen, vermag selbst die stärkste Partei und die stärkste Regierung nicht. Das einzig erreichbare Ziel, das sich die friedliche Koexistenz setzt, ist, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Kampf nicht zu einem kriegerischen Konflikt führe und daß anstelle eines Krieges der Wettbewerb der verschiedenen Systeme um die Unterstützung der Volksmassen trete. Nicht die Waffen, sondern der Wille der Völker soll entscheiden, welche soziale Ordnung besser ist, einen höheren Wohlstand für die Werktätigen, mehr Freiheit und einen größeren kulturellen Aufschwung ermöglicht. Solch eine Kampfweise setzt aber notwendig die Fortsetzung des Ideenkampfes voraus, da das kapitalistische und sozialistische System gleichzeitig um die Anerkennung der Völker ringen.

3. Deshalb ist die einzig mögliche und die einzige, der wirklichen Lage der Dinge gerechtwerdende Lösung die Kopplung der friedlichen Koexistenz mit dem ideologischen Kampf. Die Erklärung, den ideologischen Kampf einzustellen, würde entweder einer Heuchelei oder einem Verrat der Kommunisten an ihrer Weltanschauung gleichkommen. Es kann von den Kommunisten nicht verlangt werden, daß sie ideologische Zugeständnisse machen und ihren guten Willen dadurch unter Beweis stellen, daß sie den bürgerlichen Ideen gegenüber Toleranz an den Tag legen. Auch die Kommunisten fordern mit dem Prinzip der friedlichen Koexistenz vom Bürgertum nicht die Freigabe irgendeines seiner ideologischen Prinzipien. Kompromisse können zwar wohl in gewissen politischen Fragen, nicht aber in prinzipiellen Fragen geschlossen werden. Zugeständnisse in den Grundsätzen, in ideologischen Fragen machen, heißt auf die Position des Gegners abgleiten. Das würde eine qualitative Veränderung der Politik bedeuten und wäre ein Verrat an der Sache der Arbeiterklasse.

4. Die Alternative zum ideologischen Kampf bei friedlicher Koexistenz könnte nur in ideologischer Gleichheit gesehen werden oder wenigstens in einer Art ideologischen Waffenstillstandes. Beides aber ist in gleicher Weise unmöglich. Ideologische Gleichheit würde die Forderung bedeuten, daß alle Staaten entweder die kapitalistische oder die sozialistische Ideologie annehmen. Da aber keine der beiden Seiten bereit ist, ihre Ideologie aufzugeben, wäre ein solcher Plan nicht ein Programm des Friedens und der Völkerfreundschaft, sondern das Programm eines Kreuzzuges für den "Sieg des 'wahren' Glaubens", das heißt ein Programm des Krieges. Ebenso unmöglich wäre ein "ideologischer Waffenstillstand", der darin bestünde, daß beide Teile bei ihrer sozialen Ordnung und Ideologie blieben, aber sich fortan eines ideologischen Kampfes enthielten. In einer Zeit, da Millionen von Menschen in Bewegung geraten und aller Augen darauf gerichtet sind, Vergleiche zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen System anzustellen, haben weniger die Worte als die Taten ideologische Bedeutung:

das Niveau des Wohlstandes der Werktätigen in den verschiedenen Ländern, die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften auf dem Gebiete der Demokratie, der Wissenschaft und Technik. Man kann zwischen den einzelnen Staaten und politischen Lagern keine unübersteigbaren Barrieren aufrichten, so daß auf der einen Seite unbekannt bliebe, was auf der anderen vor sich geht.

5. Allerdings läßt sich nicht alles, was man als "ideologischen Kampf" bezeichnet, mit dem Prinzip der friedlichen Koexistenz vereinbaren. Ideologischer Kampf ist nicht gleichbedeutend mit "kaltem Krieg" oder psychologischer Kriegsführung, sondern er ist ein Kampf der Ideen und ein Streit über die Einschätzung dieser oder jener Erscheinungen oder Prozesse der Wirklichkeit, über die Mittel und Wege zur Verwirklichung der Ideale, die vom größten Teil der Menschheit anerkannt werden, über die Vorzüge und Nachteile dieser oder jener sozialer Systeme. Ein solcher Ideenkampf kann kein Hindernis für die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten darstellen. Entschieden anders verhält es sich jedoch bei verleunderischer Propaganda, Provokation, Kriegshotze, Aufhetzung zur Sabotage etc. Eine derartige Propaganda ist, selbst, wenn sie ideologische Fragen berührt, kein Ideenkampf, sondern subversive Tätigkeit und Einnischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Dies ist nichts anderes als "kalter Krieg", worunter die Aushützung aller Mittel zur Vorbereitung und Entfachung eines wirklichen "heißen Krieges" zu verstehen ist.

Es stimmt, daß das ursprünglich für den politischen Bereich geprägte "Prinzip der friedlichen Koexistenz" nicht ohne weiteres auf den ideologischen Bereich übertragen werden kann. Auch ist eine ideologische Koexistenz unmöglich in dem Sinne, daß im Bereich der Theorie Wahrheit und Irrtum nicht gleichberechtigt sein können. Anders allerdings liegen die Dinge, wenn man vom Bereich der Theorie auf den Bereich des praktischen Zusammenlebens von Menschen verschiedener Überzeugung übergeht.

Wie bekannt, sieht das Hauptgesetz der materialistischen Dialektik, - des Gesetzes der Einheit und des Kampfes der Gegensätze - im Widerspruch die treibende Kraft aller Entwicklung, nicht nur im Bereiche des Denkens, sondern auch in den Bereichen von Natur und Gesellschaft. Genau genommen wäre allerdings zu sagen, daß nicht der Widerspruch als solcher als treibende Kraft anzusehen ist, vielmehr ist er, wie auch neuerdings in Diskussionen unter sowjetischen Philosophen richtig erkannt wurde, nur das auslösende Moment, das die eigentlichen, die Entwicklung vorantreibenden positiven Kräfte mobilisiert.

Der Widerspruch wird auch nur dann zu einer vorwärtstreibenden Kraft, beziehungsweise zu einem die Vorwärtsbewegung auslösenden Moment, wenn er nicht ungelöst im Raum stehen bleibt, sondern wenn um seine Lösung gerungen wird.

Wenn im Denken oder in einer Diskussion ein formaler Widerspruch entsteht, dann sind vom theoretischen Standpunkt aus folgende Möglichkeiten einer Lösung gegeben:

- a) eine der beiden Alternativen erweist sich als wahr, die andere als falsch;
- b) der Widerspruch erweist sich als Scheinproblem, weil er auf einer falschen oder sinnlosen Fragestellung beruht;
- c) der Widerspruch erweist sich als scheinbarer, da die Fragestellung nicht genügend präzise war. Ein logischer Widerspruch liegt nur dann vor, wenn ein und dasselbe zugleich und unter derselben Rücksicht behauptet und verneint wird. In diesen drei möglichen Fällen ist zu sehen, daß ein Fortschritt in der Erkenntnis nur durch das Bemühen um Beseitigung des Widerspruches zustande kommt. Im Hinblick auf das praktische Verhalten der Gesprächspartner angesichts eines Widerspruches sind folgende Möglichkeiten denkbar:

- a) Man läßt den Widerspruch auf sich beruhen, bemüht sich nicht um dessen Beseitigung und läßt die einander widersprechenden Meinungen unvermittelt im Raume stehen.

- b) Man läßt nur den eigenen Standpunkt gelten, rechnet gar nicht mit der Möglichkeit, daß man selbst ganz oder teilweise im Irrtum sein könnte und versucht, den Gegner auf irgendeine Weise zum Schweigen zu bringen.

c) Man versucht, den Widerspruch zu verbergen und zu verschleiern, damit er nicht gesehen werde.

d) Man versucht, den Widerspruch zu lösen, indem man die Argumente der Gegenseite mit den eigenen Argumenten vergleicht, unter der Bereitschaft, wenn nötig, auch den eigenen Standpunkt zu korrigieren.

Nur die letztgenannte Möglichkeit kann zu einem Fortschritt in Wahrheitsfindung führen. Es ist dem Menschen eigen, sein Handeln durch sein denkendes Erkennen bestimmen zu lassen und das Denken ist wesentlich auf die Wahrheit ausgerichtet.

Den Widerspruch auf sich beruhen lassen, würde bedeuten, an der Möglichkeit, die Wahrheitsfrage zu entscheiden, überhaupt zu verzweifeln.

Ist aber die Wahrheitsfrage nicht entscheidbar, so wird das menschliche Handeln seines letzten Sinnes beraubt und damit würde ein solcher Standpunkt unausweichlich zum Nihilismus führen.

Nur den eigenen Standpunkt gelten lassen und versuchen, den lästigen Widerspruch loszuwerden, indem man den Gegner mundtot macht oder gar physisch vernichtet, würde bedeuten, daß es einem mit der eigenen Theorie nicht um die Wahrheit, sondern um die Wirksamkeit und Durchsetzung dieser eigenen Theorie zu tun ist. Eine solche Theorie würde zur Ideologie im schlechten Sinne des Wortes, die nur dazu dient, das eigene Interesse rechtfertigen und wirksamer propagieren zu können. Dasselbe gilt auch für die Haltung, die darauf abzielt, den Widerspruch zu verschleiern.

Überträgt man nun diese Erkenntnisse auf das Gebiet der Problematik, die sich aus der "friedlichen Koexistenz" ergibt, so muß betont werden, daß das Prinzip der friedlichen Koexistenz nicht für das gegenseitige Verhältnis von zwei einander widersprechenden Theorien gelten kann. Wenn zwei sinnvolle und adäquat formulierte Aussagen zueinander im Verhältnis eines formalen Widerspruches stehen, kann nur die eine von den beiden wahr sein. Es gilt nun, zu untersuchen, ob und inwieweit das Prinzip der friedlichen Koexistenz für das Verhältnis zwischen Menschen gelten kann, die sich zu miteinander in Widerspruch stehenden Theorien bekennen.

Als erste Fehlhaltung wurde in Vorangehenden jene Einstellung bezeichnet, die den Widerspruch auf sich beruhen läßt und sich überhaupt nicht um seine Lösung bemüht. Dies ist eine Haltung, die im Westen häufig angetroffen werden kann. Der weltanschauliche Pluralismus, der als geistige Grundlage der freien Welt bezeichnet wird, wird oft in dem Sinne verstanden, daß weltanschauliche Gegensätze prinzipiell unüberbrückbar seien, daß sie auf rein willensmäßigen Vorentscheidungen beruhen und mit der Wahrheitsfrage nichts zu tun haben. Ein Diskutieren darüber sei deswegen sinnlos und das einzige, was man tun könne, sei, unter Aussparung aller weltanschaulichen Konfliktgebiete zu versuchen, sich über praktische Probleme zu einigen. Es ist dies eine Haltung, die man als "faulen Pluralismus" bezeichnen könnte, der, um mit Hegel zu sprechen, sich scheut, die "Anstrengung des Begriffes" auf sich zu nehmen. In der Zurückweisung eines solchen "faulen Pluralismus" liegt, wie es scheint, der Wahrheitskern der sowjetischen Auffassung, wonach das Prinzip der friedlichen Koexistenz auf den ideologischen Bereich unanwendbar sei, da es zwischen Wahrheit und Irrtum keinen Kompromiß geben könne. Damit soll jedoch ein richtig verstandener Pluralismus durchaus nicht abgelehnt werden. Es muß ihm jedoch eine Einstellung zugrunde liegen, die der Wahrheitsfrage nicht ausweicht.

Als zweite Fehlhaltung wurde die Einstellung bezeichnet, die nur den eigenen Standpunkt gelten lassen will und daher versucht, den Gegner überhaupt nicht zu Wort kommen zu lassen oder ihn sogar physisch zu vernichten. Der Fehler dieser Einstellung liegt darin, daß von der Unmöglichkeit einer friedlichen Koexistenz zwischen einander widersprechenden Lehren auf die Unmöglichkeit einer friedlichen Koexistenz zwischen einander widersprechenden Menschen geschlossen wird und daß theoretische Differenzen mit nicht theoretischen Mitteln bekämpft werden. In dem schon erwähnten Artikel des "Kommunist" hieß es, "es könne niemand von den Kommunisten im Namen einer ideologischen Koexistenz fordern, daß sie auf ihre Prinzipien verzichten und sich von ihrer Weltanschauung lossagen."

Es verlangt allerdings auch niemand von ihnen, daß sie einen anderen theoretischen Standpunkt beziehen, solange sie davon nicht wirklich überzeugt sind. Aber mit demselben Recht können Andersdenkende von den Kommunisten fordern, bei ihrer eigenen Meinung belassen zu werden, solange man sie nicht vom Gegenteil überzeugt hat und daß der Kampf gegen ihre eigene Überzeugung ausschließlich mit geistigen Waffen geführt werde. Wenn Andersdenkende keine Möglichkeit der Publikation haben, wenn ihnen gewisse Ämter - und seien es auch Ämter wie der Lehrberuf - unzugänglich sind, wenn gläubigen Schülern der Zutritt zu Hochschulen verwehrt wird, so werden hier geistige Differenzen mit ungeistigen Mitteln ausgetragen. Wer solche Methoden zur Austragung von Meinungsverschiedenheiten anwendet, beweist damit, daß es ihm nicht um die Lösung des Widerspruches zu tun ist, sondern um Durchsetzung des eigenen Standpunktes und um die physische Ausschaltung des Gegners. Als einzige menschenwürdige und zugleich auch einzige fortschrittliche Haltung hat sich, wie bereits erwähnt, diejenige erwiesen, die versucht, den Widerspruch zu lösen. Bei Überprüfung der beiderseitigen Positionen kann es sich herausstellen, daß die eine recht hatte, während die andere Seite im Unrecht war. Am häufigsten jedoch wird der Fall so gelagert sein, daß beide Teile in gewisser Hinsicht recht, in anderer Hinsicht aber unrecht hatten und daß beide voneinander etwas lernen können. Ja, ein eigentlicher Fortschritt wird nur durch die Erkenntnis der Wahrheit und die Verwirklichung derselben im Leben erzielt. Somit könnte man annehmen, daß gerade derjenige, der den Fortschritt auf seine Fahnen geschrieben hat, brennendst am Dialog mit Vertretern anderer Positionen interessiert ist. Den Gegner auszuschalten und nicht zu Wort kommen zu lassen, steht ihm schlecht an.

Dies leitet über zum Problem des Pluralismus. Der Widerspruch kann nur dann einen Fortschritt mit sich bringen, wenn man um die Lösung dieses Widerspruchs ringt. Es ist eine Tatsache, daß es zwischen den Menschen schon immer Meinungsverschiedenheiten gab und auch immer geben wird. Daraus ergibt sich, daß

es nicht nur menschenunwürdig, sondern auch gegen das Interesse des Fortschrittes wäre, den Widerspruch nicht als vorwärtsbewegende Kraft zu nützen. Im Gegensatz zu dem eingangs erwähnten "faulen Pluralismus" steht der "dynamische Pluralismus", der alle Kraft daransetzt, den uns heute beunruhigenden Widerspruch zu lösen, wohl wissend, daß nach seiner Überwindung wieder neue Widersprüche entstehen werden, wohl wissend aber auch, daß gerade dieses dauernda Lösen und Neuentstehen von Widersprüchen die Entwicklung zu einem höheren Niveau fördert. Aus dem eben Gesagten läßt sich feststellen: Die Unmöglichkeit einer ideologischen Koexistenz kann in dem Sinne angenommen werden, wonach zwischen einander widersprechenden Lehren eine friedliche Koexistenz unmöglich ist, zwischen den Menschen aber, die sich zu verschiedenen miteinander im Widerspruch stehenden Lehren bekennen, ist eine friedliche Koexistenz nicht nur möglich, sondern unbedingt zu fordern: Sie ruft zu einem Kampf mit geistigen Mitteln zwischen den beiden Teilen auf, zu einem Kampf, dessen Ziel der Fortschritt in der Erkenntnis der Wahrheit, nicht die Eliminierung oder physische Liquidierung des Gegners ist.

Gegen diese Ausführungen werden die Urheber der Lehre von der friedlichen Koexistenz wohl geltend machen, daß all dies für das gegenseitige Verhalten von Einzelmenschen gilt, nicht aber für das Verhältnis von Klassen und Staaten. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz betrifft das Verhältnis von Staaten mit unterschiedlicher Sozialordnung. Wie zwischen den einzelnen Klassen ein wirtschaftlicher, politischer und ideologischer Kampf im Gange ist, so auch zwischen den Staaten, die von verschiedenen Klassen gelenkt und beherrscht werden.

Diese Theorie beruht auf dem sehr problematischen Begriff des Klassenbewußtseins. Wie die verschiedenen Klassen sich ihre eigenen politischen Institutionen schaffen, in Gestalt von politischen Parteien und Staaten, so bringen die verschiedenen Klassen auch verschiedene und entgegengesetzte Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins hervor, in Form von Moral, Kunst, sozial-

philosophischen Lehren etc. All diese verschiedenen Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins haben Klassencharakter, das heißt, sie bringen die Interessen und Aspirationen jeweils einer bestimmten sozialen Gruppe zum Ausdruck. Deshalb besteht zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse ein ebenso unversöhnlicher Gegensatz auf dem ideologischen wie auf dem wirtschaftlichen und politischen Gebiet.

Der Begriff des Klassenbewußtseins wurde in der Neuformulierung, die die sowjetische Ideologie nach dem Tod Stalins im Lehrbuch "Grundlagen der marxistischen Philosophie" erhielt, sehr ausgehöhlt. In diesem Lehrbuch wird nämlich anerkannt, daß auch in den Überbauformen früherer Gesellschaftsformationen manchmal Werte von allgemein menschlicher Bedeutung verwirklicht wurden. Dies war überall dort der Fall, wo es zum Beispiel einem Kuntschaffenden gelang, sich von den Grenzen seiner Klasseninteressen freizumachen und sich auf den Standpunkt des gesamten Volkes zu erheben. Neben dem Proletariat wird nun hier das Volk als Träger des wahren Bewußtseins eingeführt.

Auch abgesehen von dem sehr umstrittenen Begriff des Klassenbewußtseins ist gegen die Begründung der Unmöglichkeit einer ideologischen Koexistenz auf Grund des ideologischen Klassenkampfes anzugehen. Wenn die Träger des ideologischen Klassenkampfes ausschließlich die einzelnen Klassenangehörigen sind, ist dagegen nichts einzuwenden. In diesem Falle behält aber auch all das seine Gültigkeit, was über das gegenseitige Verhalten von einzelnen Menschen beim Auftreten von Widersprüchen gesagt wurde. Da jedoch das Prinzip der Koexistenz das gegenseitige Verhalten von Staaten regelt und dieses im Sinne eines politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Klassenkampfes gestaltet, liegt die Befürchtung nahe, daß die Urheber der Koexistenzdoktrin den Staat als Träger des politischen und ideologischen Klassenkampfes ansehen. Träger des politischen Kampfes ist zweifelsohne der Staat als politische Organisation der Klasse; ebenso ist in einer staatlich gelenkten Wirtschaft der Staat auch Träger des wirtschaftlichen Klassenkampfes. Wenn

der Staat auch als Träger des ideologischen Klassenkampfes betrachtet wird, so bedeutet dies, daß die Ideologie, das heißt Philosophie, Kunst, Literatur und zum Teil auch die Wissenschaft der staatlichen Lenkung unterliegt und daß es daher eine staatliche Kunst, eine staatliche Philosophie und eine staatliche Wissenschaft geben muß.

Diese Einstellung ist als Fehlhaltung zurückzuweisen, denn es ist nicht Sache des Staates, wissenschaftliche, philosophische, künstlerische, literarische und ähnliche Kontroversen zu entscheiden. Der Staat sollte auf all diesen Gebieten sich nur neutral verhalten.

Diese weltanschauliche Neutralität des Staates ist zunächst für das Gebiet der Innenpolitik zu fordern, sie bezieht sich aber logischerweise auch auf das Gebiet der Außenpolitik. Die Wahrheit ist unteilbar. Wenn es nicht Sache des Staates sein kann, wissenschaftliche und ähnliche Streitfragen im Inneren eines Landes zu entscheiden, so erhält seine Kompetenz auf diesem Gebiete nicht die mindeste Mehrung dadurch, daß solche Fragen von außen an ihn herangetragen werden.

In diesem Zusammenhang bedarf wohl der Begriff der "ideologischen Diversion" einer Klärung. Sicherlich ist es abzulehnen, in den ideologischen Auseinandersetzungen Methoden der Verleumdung, Provokation etc. anzuwenden, gewiß haben die Staaten das Recht, sich zur Wehr zu setzen, wenn unter dem Vorwand der ideologischen Auseinandersetzung subversive Tätigkeit betrieben wird. Wenn man jedoch unter ideologischem Klassenkampf versteht, den Völkern die Vorteile des einen und Nachteile des anderen sozialen Systems klarzumachen und um ihre Anerkennung zu werben, dann muß auch hier gleiches Recht für alle gelten. Wenn man selbst im Lande des anderen für sein eigenes System wirbt und subversive Tätigkeit, Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes - zwecks Sturz der dort herrschenden Ordnung - übt, während die Gegenseite im eigenen Lande für ihre Sozialordnung und ihre kulturellen Werte wirbt, darf man dies nicht als "ideologischen Klassenkampf" bezeichnen.

Zum Problem einer ideologischen Koexistenz zwischen Christentum und Marxismus ist zu sagen, daß die Theorie von der Unvermeidlichkeit des ideologischen Klassenkampfes und der daraus resultierenden Unmöglichkeit einer ideologischen Koexistenz auf das Verhältnis von Marxismus und Christentum nicht anwendbar ist, denn das Christentum ist nicht ein Bestandteil dessen, was der Marxismus als "kapitalistische Ideologie" bezeichnet. Der einfache Hinweis darauf, daß das Christentum entstand, als überhaupt noch keine Spur von Kapitalismus zu sehen war und daß es die verschiedensten Gesellschaftsformationen überdauerte, genügt, um zu zeigen, daß das Christentum an keine bestimmte Gesellschaftsform gebunden ist.

Man kann jedoch den Begriff der ideologischen Koexistenz auch in einem weiteren Sinne verstehen. Er bezieht sich dann nicht mehr auf das gegenseitige Verhältnis von Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen und ihre Weltanschauungen, sondern betrifft überhaupt das Verhältnis des Marxismus zu irgendwelchen anderen Weltanschauungen. Kann dann von einer ideologischen Koexistenz zwischen Marxismus und Christentum die Rede sein? Der Marxismus als Weltanschauung ist ein sehr komplexes System mit verschiedenen Elementen. Dem dialektischen Materialismus gegenüber würde der Christ mehr Vorbehalte anzumelden haben als der marxistischen Gesellschafts- und Wirtschaftslehre gegenüber.

Der radikale Marxismus hingegen würde die Möglichkeit einer ideologischen Koexistenz mit der christlichen Religion strikt verneinen. Er würde nicht einmal die Möglichkeit eines fruchtbaren Dialogs, der zu irgendeinem echten Fortschritt führt, in Erwägung ziehen. Der Dialog zwischen ihnen könnte nur den Sinn haben, die Gegenseite von ihrem Irrtum zu überzeugen, einen echten Fortschritt könnte er jedoch nicht herbeiführen. Der radikale Marxismus würde diese Auffassung damit begründen, daß die Religion diejenige unter den gesellschaftlichen Bewußtseinsformen ist, die am weitesten von der sozial-ökonomischen Basis absteht und daher die Wirklichkeit wesentlich

in verzerrter Gestalt widerspiegelt. Aus dieser theoretischen Einstellung heraus zieht der radikale Marxismus im Hinblick auf das praktische Zusammenleben zwischen Marxisten und Christen die entsprechenden Konsequenzen. Er gestattet nur den bereits Gläubigen die Betätigung ihres Glaubens im Kult, läßt jedoch nicht zu, daß durch Ausübung religiöser Propaganda neue Gläubige gewonnen werden.

Wenn nämlich der Religion in den Verfassungen gewisser Staaten bloße Kultfreiheit, nicht aber die Freiheit der Propaganda zugestanden wird, so bedeutet dies, den Kampf gegen die Religion nicht mehr auf der Ebene einer ideologischen Auseinandersetzung, sondern unter Einsatz staatlicher Machtmittel zu führen. Was ist das für ein Wettstreit der Meinungen um die Anerkennung der Völker, wenn die eine Seite frei ihre Überzeugung unter Ausnützung aller modernen Massenmedien propagieren kann, die andere Seite aber es mit der Polizei zu tun bekommt, für den Fall, daß sie für ihre Überzeugung Propaganda macht.

Eine Koexistenz zwischen Marxismus und Christentum kommt für den Christen erst dann in Frage, wenn die marxistische Seite davon abläßt, alle Staatsbürger auf den dialektischen und historischen Marxismus zu verpflichten und wenn auch den Gläubigen das Recht und die praktische Möglichkeit zuerkannt wird, ihre Überzeugung frei zu propagieren, ohne mit irgendwelchen unliebsamen Konsequenzen rechnen zu müssen.

Über das Prinzip der friedlichen Koexistenz auf ideologischem Gebiet lassen sich folgende Thesen formulieren:

1. Der Marxismus betont zurecht die Unmöglichkeit einer friedlichen Koexistenz auf ideologischem Gebiete, wenn darunter das gegenseitige Verhältnis einander widersprechender Theorien gemeint ist. Zwischen "wahr" und "falsch" kann es keine friedliche Koexistenz geben.

2. Wenn jedoch von den Menschen mit verschiedenen, einander widersprechenden Überzeugungen die Rede ist, muß gleichwohl unbedingt gefordert werden, daß ihre gegenseitigen Beziehungen im Sinne einer friedlichen Koexistenz gestaltet werden.

3. Aus diesen beiden Theorien ergibt sich als weitere Forderung, daß die ideologischen Widersprüche zwischen Menschen mit verschiedenen Überzeugungen mit Hilfe von rein geistigen Mitteln gelöst werden, nicht aber auf gewaltsame Weise. Insbesondere ist strengste Neutralität seitens des Staates zu fordern.

4. Daraus ergibt sich eine gewisse Parallelität zwischen der Anwendung des Prinzips der friedlichen Koexistenz auf politischen und ideologischem Gebiete: Genauso wie auf dem Gebiete der Politik das Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten von verschiedener Sozialordnung nicht jeden politischen Kampf, sondern nur einen mit militärischen Mitteln geführten ausschließt, so schließt ebendasselbe Prinzip der friedlichen Koexistenz im gegenseitigen Verhalten von Menschen mit verschiedenen Überzeugungen nicht jeden ideologischen Kampf aus, es fordert nur, daß dieser Kampf ausschließlich mit den Waffen des Geistes geführt werde und nicht - um eine von Georg Lukasz geprägte Formulierung zu verwenden - mit den von der Roten Armee entliehenen Waffen.

- - -

Rathaus-Empfang anläßlich des Eröffnungsfluges Wien-Saloniki
 =====

17. Juni (RK) Anläßlich des Eröffnungsfluges Wien-Saloniki Anfang Juni, an dem mehrere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Österreichs, unter ihnen auch Vizebürgermeister Felix Slavik, teilnahmen und Saloniki besuchten, hält sich gegenwärtig eine Gruppe griechischer Offizieller in Wien auf. Bürgermeister Bruno Marek gab heute mittag für die Gäste einen Empfang im Rathauskeller. An ihrer Spitze stehen der griechische Verkehrsminister Ioannis Jamas, der Minister für Nordgriechenland, Theodor Manolopoulos, der Chef des griechischen Luftfahrtsamtes, Petros Phokas, sowie der Vizebürgermeister von Saloniki Paschos. Seitens des Wiener Stadtsenates nahmen mit Bürgermeister Bruno Marek an dem Empfang die Stadträte Dr. Pius Prutscher und Rudolf Sigmund teil.

Bürgermeister Marek hieß die Gäste herzlich willkommen und bezeichnete die Eröffnung der Fluglinie Wien-Saloniki als großes Ereignis nicht nur für die AUA, sondern für ganz Österreich, da nunmehr, nach der Fluglinie Wien-Athen, den Österreichern ein zweites Tor nach Griechenland geöffnet wurde. "Das Land der Griechen mit der Seele suchen", sagte Goethe. Zu seiner Zeit war die Reise nach Griechenland noch sehr beschwerlich. Heute ist es einfach, mit dem Flugzeug dort hinzukommen und im Schatten der Berge Olympos zu landen. Mit dem Wunsch, daß die neue Fluglinie ebensoviel frequentiert werde wie die Linie Wien-Athen - bisher benützten diese Linie mehr als 50.000 Passagiere -, schloß Bürgermeister Marek seine Rede. Im Namen der Gäste dankte Vizebürgermeister Paschos für den Empfang und überbrachte die herzlichsten Grüße des Bürgermeisters von Saloniki.

Personalmeldungen
 =====

17. Juni (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Hans Bock hat heute der Wiener Stadtsenat die Oberstadtbauräte Dipl.-Ing. Heinrich Papou und Dipl.-Ing. Wilhelm Wimmer in die Dienstklasse VIII befördert und ihnen den Titel Senatsrat verliehen. Stadtbaurat Dipl.-Ing. Anton Grünberger wurde zum Oberstadtbaurat, die Amtsräte Rudolf Meidl und Karl Rohrhofer zu Oberamtsräten befördert.

Ebendorferstraße und Rathausstraße werden Einbahn
=====

17. Juni (RK) Ab Montag, den 20. Juni, wird die Ebendorferstraße von der Felderstraße bis zur Universitätsstraße als Einbahn beschildert. In der Gegenrichtung wird die Rathausstraße Einbahn von der Universitätsstraße bis zur Felderstraße.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"
=====

17. Juni (RK) Samstag, 18. Juni, Route 2 mit Verkehrsbauwerk Gürtel, Drittem Zentralberufsschulgebäude, Theresienbad, Südbahneinfahrt, Schule Maiklgasse, Per Albin Hansson-Siedlung, Volkspark am Laaer Berg sowie andere städtische Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.00 Uhr.

+

Montag, 20. Juni, Route 3 mit Hauptfeuerwache Leopoldstadt, Marshallhof, Montagebaufabrik, Neubaugebiet Kagran, Pensionistenheim "Sonnenhof", Berufsschule für Gärtner und Naturblumenbinder sowie andere städtische Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Straßenbahnlinie 106 im Sommer auch an Sonn- und Feiertagen
=====

17. Juni (RK) Von Sonntag, den 19. Juni an, wird die Linie 106 über die Sommerzeit auch an Sonn- und Feiertagen ganztägig betrieben.

- - -

9. Europa-Gespräch der Stadt Wien:

"Die Erziehung des Einzelnen und die Gemeinschaft"

=====

Auszug aus dem Referat von Dr. Max Neugebauer

17. Juni (RK) In jeder Gemeinschaft ist es von größter Bedeutung, das Gemeinschaftsbewußtsein der einzelnen Angehörigen dieser Gemeinschaft zu stärken und zu erhalten. Eine Gemeinschaft mit privilegierten und benachteiligten Schichten, mit verschiedenen Schulen für reich und arm, wird kaum imstande sein, zu einem alle Kreise umfassenden Gemeinschaftsbewußtsein zu erziehen. Wenn der benachteiligte Teil einer solchen Gemeinschaft politisch erwacht ist, dann richtet sich sein Bestreben darauf, die Bildungsprivilegien zu beseitigen.

Die Stellung des Individuums in der Gemeinschaft war Gegenstand eingehender Untersuchungen Paul Natorps, eines Mitbegründers der Marburger Schule. Gertrud Bäumer, die die Sozialphilosophie ihrer Zeit dargestellt hat, schreibt, daß vier Ideen herrschend sind, die Idee der Persönlichkeit, die Idee der Gesellschaft, beide sollen ihre Besonderheit entwickeln, ferner die Ideale der Freiheit der sittlichen Persönlichkeit und die Gleichheit als ein Gut der Gemeinschaft. Diese vier Ideen müßte man in Einklang bringen. Das sei die Aufgabe des Wirkens in der Kulturpolitik.

Die Gedanken der Sozialphilosophie haben eine große Anziehungskraft auf die Pädagogen ausgeübt. Es war allerdings eine Pädagogik in der Tradition Herbarts, der von höchstem Zweck der Erziehung ausging, nämlich der "Charakterstärke der Sittlichkeit". Dieser spekulativen pädagogischen Richtung, die die Pädagogik als angewandte Philosophie ansah, standen Pädagogen entgegen, für die die Pädagogik ein Stück Naturwissenschaft bedeutete.

Spekulatives Denken und experimentelle Pädagogik standen lange Zeit einander gegenüber und beeinflussten die wissenschaftliche Pädagogik. Sehr bedeutsam war die Schule Diltheys, aus der Eduard Spranger hervorging, dessen Meisterwerk das Buch "Lebensformen" ist. Spranger untersuchte die Zusammenhänge zwischen dem individuellen, seelischen und geistigen Geschehen und der objektiven geistigen Welt. Erziehung sei also die Tätigkeit, die in dem Individuum eine subjektive Kultur entfalte durch Berührung mit der gegebenen objektiven Kultur. Die Struktur der geistigen Welt und die Kenntnis der Zusammenhänge des Lebens beeinflussten Georg Kerschensteiner in seinen Ansichten über Bildung, die er in einem umfassenden Werk zusammenfaßte. Im Grundaxiom des Bildungsprozesses legt er die Zusammenhänge zwischen Bildungsgütern und dem individuellen Wertesinndar. Die Hinführung zur Gemeinschaft sei eine wichtige Erziehungsaufgabe. Alle Bildung sei heute Berufsbildung. Großen Wert legte er auf die staatsbürgerliche Erziehung, auf die Versittlichung der Gemeinschaft, Kerschensteiner war ein Vertreter der Arbeitsschule und hat der Schulpädagogik bedeutende Anregungen gegeben.

Die Auseinandersetzungen über die Stellung der Pädagogik im ersten Drittel dieses Jahrhunderts haben schließlich dazu geführt daß man den autonomen Charakter der Pädagogik eindrucksvoll begründet. Hermann Nohl hat in seinen Schriften die These der Autonomie dargelegt. Alle Erziehung stehe unter dem Widerstreit der subjektiven und objektiven Orientierung. Dieser Widerstreit löse sich so, daß die Qualität des Subjektes gewonnen werde, indem es sich an die Qualität des Objektes hängebe. In der heutigen Pädagogik spielt die Tatsachenforschung, die empirische Forschung eine bedeutende Rolle, aber ebenso wichtig ist es, daß die Erziehungsphilosophie die Kritik aufrecht erhalte.

Der lange Zeit an der Wiener Universität tätige Richard Meister, dessen Vorlesungen von den Lehrern an den AHS besucht wurden, sieht das eigentümliche Bildungs- und Formprinzip in der Ausbildung einer Wertordnung auf dem Boden des psychischen Subjekts. Mit anderen Worten ausgedrückt, es gehe um die durch die Rangordnung der Werte und demgemäß der Werthaltungen bestimmte dauernde seelische Verfassung eines Individuums. Die Wertordnung setzt jedoch ein Kriterium für die Rangordnung der Werte voraus. Dies geschieht durch die Wahl eines dominierenden Wertes. Dieser Wert, der dem Leben Sinn gibt, kann nur die Weltanschauung sein, wobei es offen bleibt, ob es um ein monoteletisches oder polyteletisches Ziel geht. Für die Erziehung des Einzelnen zur Gemeinschaft kommt es darauf an, der Gemeinschaft in der Rangordnung der Werte eine hohe Bedeutung zu geben. Natürlich ist sehr maßgeblich, wie die Gemeinschaft, für die erzogen werden soll, beschaffen ist. Das Wort Gemeinschaft ist in der jüngsten Geschichte überaus stark mißbraucht worden. Wenn wir an die "Volksgemeinschaft" erinnern, in einer Zeit, die die Freiheit der Person zerstörte und Millionen Menschen zugrunde gerichtet hat, so kann wohl dem Begriff Gemeinschaft nur der Sinn gegeben werden, daß es sich um eine Gemeinschaft freier Personen handle. Das heißt, die Gemeinschaft, oder, wenn ich dafür Staat einsetze, der Staat, muß ein Organismus sittlicher Art sein, die überpersönliche Ordnung darf nicht den einzelnen verschlingen oder unterwerfen. Genauso ist es beim Einzelnen, der keine Bindungen mehr kennt, er zerstört von seiner Seite her die Gemeinschaft. Nur als Mensch mit anderen, also als Mitmensch, darf das Menschsein erfaßt werden, von einer Gemeinschaft her, nur als Gemeinschaft, die die Freiheit des Einzelnen sichert. Die Freiheit kann auch in den modernen Demokratien bedroht werden, man denke daran, daß die Meinungen durch technische Mittel, die sich in Händen einer Gruppe befinden, in hohem Maße beeinflußt werden. Die Bildung einer eigenen Meinung muß gewährleistet sein. Es scheint also notwendig zu sein, die Freiheit immer wieder zu verteidigen.

Zum Wesen einer freien Person gehört natürlich auch die Fähigkeit zur Gemeinschaft, die Gemeinschaftsbedürftigkeit. Der aus Österreich stammende Psychologe Alfred Adler hat in seinen Schriften immer wieder die Lebensaufgaben, die der Einzelne zu erfüllen hat, besonders die Einordnung in die Gemeinschaft, zum Gegenstand seiner Untersuchungen gemacht. Am Kranken, am Neurotiker, vermag man zu erkennen, wie der normale Verlauf der Einordnung vor sich zu gehen hätte. Der Neurotiker weicht aus, schafft sich eine fiktive Welt. Die Meinung vom Leben ist falsch und dadurch ist auch der Lebensstil falsch. Das verwöhnte Kind, das eine übertriebene Zärtlichkeit der Mutter genossen hat, bekommt eine Meinung, die falsch ist und richtet sich nach dieser Meinung seinen Lebensstil ein. Erst eine spätere Revision des Lebensstiles könnte Heilung bringen.

Der mütterliche Kontakt mit dem Kinde ist sehr maßgeblich für die Entstehung des menschlichen Gemeinschaftsgefühles. In einer Familie mit mehreren Kindern kann die ungleiche Behandlung der Kinder, Bevorzugung und Zurücksetzung sehr maßgebend die künftige Stellung zur Gemeinschaft beeinflussen. Die Stellung des Vaters ist gleichfalls von großer Bedeutung. Wenn der Vater die Verwöhnung durch die Mutter durch ein strenges Regime zu korrigieren sucht, drängt er in der Regel das Kind zu noch engerem Anschluß an die Mutter. Er schädigt dadurch die Entwicklung einer Mitarbeit in der Gemeinschaft. Verspotten und Verlachen des Kindes führen zur Verslossenheit und Scheu des Kindes vor der Gemeinschaft. Gefährliche Klippen sind Krankheiten des Kindes. Alfred Adler schreibt in seinem Buche "Der Sinn des Lebens": "Alle Probleme des menschlichen Lebens verlangen.... Fähigkeit und Vorbereitung zur Mitarbeit, des sichtbaren Zeichens des Gemeinschaftsgefühls". An anderer Stelle legt er dar: Eine genaue Betrachtung des persönlichen Lebens der Masse, der Vergangenheit und der Gegenwart zeigt uns das Ringen der Menschheit um ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl. Es ist kaum zu übersehen, daß die Menschheit um dieses Problem weiß und von ihm durchdrungen ist.

Was in der Gegenwart auf uns lastet, stammt aus dem Mangel sozialer Durchbildung. Was in uns drängt, um auf eine höhere Stufe zu kommen, von den Fehlschlägen unseres öffentlichen Lebens und unserer Persönlichkeit frei zu werden, ist das gedrosselte Gemeinschaftsgefühl. Es lebt in uns und sucht sich durchzusetzen, es scheint nicht stark genug zu sein, um sich trotz aller Widerstände zu bewähren. Es besteht die berechtigte Erwartung, daß in viel späterer Zeit, wenn der Menschheit genug Zeit gelassen wird, die Kraft des Gemeinschaftsgefühls über die äußeren Widerstände siegen wird. Dann wird der Mensch Gemeinschaftsgefühl äußern wie atmen. Bis dahin bleibt wohl nichts anderes übrig, als diesen notwendigen Lauf der Dinge zu verstehen und zu lehren. Für unsere Schularbeit stammt aus dem Geiste Adlers der Gedanke, man müßte dem schwachen Kinde Mut machen.

Als Adler dieses Werk verfaßte, schrieb man das Jahr 1933, das Jahr des Beginnes einer schrecklichen Epoche der Geschichte. Nach 1945, mit dem Aufblühen der Wirtschaft, traten neue Probleme auf, die das Gemeinschaftsgefühl betrafen, vor allem der Wandel der Familie. Die große Zahl berufstätiger Mütter verändert die erzieherische Leistung der Familie. Für viele Familien bedeutet dieser Umstand geradezu einen Funktionsverlust, der der Auflösung dieser Gemeinschaft nahekommt. Schon die vor langer Zeit erfolgte Trennung der Arbeitsstätte von der Wohnstätte hat zu einer Schwächung des familiären Beisammenseins geführt. Die Familie, sowie die kleineren Gemeinschaften des Zusammenlebens, etwa das Dorf oder die kleine Stadt waren Stätten, in denen die Sitte eine stark prägende Kraft besaß. Mit Ausnahme der kleinen Dorfgemeinschaften in entlegenen Gebieten ist dies seit langem vorbei. Aber die Familie kann noch immer eine Gemeinschaft sein, in der man sich nach Vorbildern richtet, eine bestimmte Ordnung übt und sich einen gewissen Verkehrston aneignet. Die Familie hat einen überaus starken Einfluß in der religiösen und sittlichen Erziehung. Man spricht

nicht ohne Sinn von der großen Bedeutung der Kinderstube. In der Erziehung zur Gemeinschaft kann die Einkindfamilie, in der das einzige Kind nicht nur sehr behütet ist, sondern verzärtelt wird, zu mancher Schwierigkeit führen. Hingegen schleift ein Kind mit mehreren Geschwistern manche Härte seines Wesens ab. Es ist also eine Tatsache, daß die Erziehung in der Familie, wenn sie eine gute Gemeinschaft bildet, dem einzelnen in seiner Einstellung zur Gemeinschaft außerordentlich nützt. Die gute Familie ist nicht zu ersetzen, wenn auch Heime, Horte, Jugendverbände viel zu tun vermögen. Wer aber könnte die Geborgenheit, die das Kind in der Familie spürt, die liebende Fürsorge, die die Familie erfüllt, ersetzen? Theodor Wilhelm zitiert in seinem Buche "Pädagogik der Gegenwart" den Ausspruch einer Schülerin über die Familie: "Familie ist, wo man nicht rausgeschmissen wird, wenn es einem dreckig geht." Was die Familie nicht zu tun vermag, soll wie vielfach verlangt wird, die Schule übernehmen. Sicherlich kann die Schule vieles tun. Von großer Bedeutung ist der gute Kontakt der Schule mit den Eltern, eine Voraussetzung, um manche erzieherische Maßnahmen in gegenseitiger Hilfe vorzunehmen. Daß sich die Religionsgemeinschaften mit dem Problem des Niederganges der Familie befassen, ist bekannt. Im Jahre 1929 kam die Enzyklika "Divini illius magistri" heraus.

Österreich hat vor vier Jahren, im Jahre 1962 sein Schulwesen auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt. Die Lösung der Probleme war nicht leicht. Eine Erneuerung der Schulgesetze wäre schon nach 1918, als die demokratische Republik Österreich geründet wurde, notwendig gewesen. Die Versuche, die damals gemacht wurden, gelangen teilweise, jedoch in den nachfolgenden Jahren ging der wertvolle Teil dieser Neuordnung unter.

Nach der Wiedererrichtung des österreichischen Staates im Jahre 1945 ging man sogleich an die Arbeit, aber erst im Jahre 1962 gelang die Lösung. Für die Erziehung zur Gemeinschaft ist es sehr wichtig, das passende Schulsystem zu wählen.

Die österreichische Schule war als staatliche Institution entstanden. Bekannt ist die Feststellung der Kaiserin Maria Theresia, der Gründerin der öffentlichen Volksschule, daß die Schule ein politicum sei und kein ecclesiasticum.

Die Allgemeine Schulordnung 1884 richtete die Volksschule als Staatsschule ein. Der Österreicher neigt jedoch nicht zu starren Auffassungen, sodaß es immer auch Ausnahmen von der Regel gibt. Im Schulsystem war das die private, die nicht staatliche Schule, die konfessionelle Privatschule im Gegensatz zur Simultanschule, die dem österreichischen Schulsystem entspricht. Nach 1945 wurde sehr eingehend das Problem Simultanschule oder Konfessionalisierung des Schulwesens diskutiert. Das Ergebnis hielt sich an die österreichische Tradition: Staatsschule, die Simultanschule ist, jedoch sind Privatschulen möglich. Eine große Rolle spielte die Subventionierung der Privatschulen. Man einigte sich mit einem Schlüssel, der den katholischen Privatschulen einen Anspruch auf 60 Prozent der vom Staat oder Land zuzuweisenden Lehrer nach der Schülerzahl des Schuljahres 1961/62 zuspricht. Wenn man bedenkt, daß Schulgesetze eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erfordern, dann erfolgte diese Regelung wohl auf sehr lange Sicht. Diese Abmachung und verschiedene Angelegenheiten des Religionsunterrichtes sind in einem Staatsvertrag mit dem Heiligen Stuhl, also einem Schulkonkordat, festgelegt. Die Staatsschule ist die Regel und ich gestatte mir, meine persönliche Meinung hiezu auszusprechen, sie ist eine Schule der besten Form der Gemeinschaftserziehung, wobei ich nicht in Abrede stellen will, daß auch Privatschulen weltanschaulicher Richtung gut für die Erziehung zum Staatsbürger vorbereiten. Aber eine Aufsplitterung des gesamten Schulwesens nach weltanschaulichen Gesichtspunkten hielt ich für Österreich als einen der Gemeinschaft zerstörenden Faktor. Die durch das Schulkonkordat gewonnene Sicherheit für den inneren Frieden ist dem Schulwesen sehr förderlich. An der Schule wird kein Kulturkampf mehr ausbrechen.

Der Aufbau der Schulorganisation erfolgte durch ein einziges Gesetz, das alle Schulen, mit Ausnahme der Hochschulen, umfaßt.

Dieses Gesetz enthält traditionelle Züge, insoferne sie der heutigen Zeit entsprechen und moderne Gedanken, die sich aus dem Wandel von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und der heutigen Ansicht über Bildung ergeben haben. Das österreichische Schulwesen ist nach einem einheitlichen Konzept aufgebaut, ohne jedoch Einheitsschule im Sinne des Einheitsschulgedankens, wie er nach dem 1. Kriege auf der Reichsschulkonferenz in Deutschland vertreten wurde, zu sein. Bemerkenswert ist, daß die Unterstufe des Realgymnasiums und die Oberstufe der Pflichtschule, der Hauptschule, für die 10 bis 14jährigen Schüler den gleichen Lehrplan haben. Dadurch ist der Aufstieg in der Oberstufe der Allgemeinbildenden höheren Schule gesichert, wie überhaupt Brücken, Übergänge und Sonderformen die Durchlässigkeit dieser Schulorganisation sichern.

Die Klippen und organisatorischen Sackgassen von einst gibt es nicht mehr, Es wird kein Schulgeld gefordert und die Klassenschülerhöchstzahl ist mit 36 festgesetzt, sodaß eine wirksame erzieherische Betreuung erfolgen kann. Anzustreben ist eine Klassenschülerzahl von 30 Schülern. Das Studienbeihilfengesetz sichert jedem Hochschüler das Recht auf eine staatliche Beihilfe zu seinem Studienaufwand, sodaß das Werkstudententum von ehedem nicht mehr existiert. Die Bildungsprivilegien, die in der alten Schulorganisation und in der schlechten sozialen Lage mancher Studenten lagen, sind beseitigt. Wenn die Zahl der Studenten aus Bauern- und Arbeiterkreisen verhältnismäßig gering ist, so sind andere Tatsachen als soziale daran schuld, vielfach auch Vorurteile, die sich beseitigen lassen. Für eine Erziehung zu einer positiven Einstellung zur Gemeinschaft sind diese schulorganisatorischen Maßnahmen von großer Bedeutung. Die Organisation ist der Rahmen, das Gebäude. Es kommt darauf an, mit welchem Inhalt dieser Bau gefüllt wird. Was ist für die Erziehung des Einzelnen zur Gemeinschaft vorgesehen? Zur Gemeinschaftserziehung gehört die koedukative Führung der Schulklassen. Die öffentlichen Schulen sind allen Kindern zugänglich, ohne Unterschied des Geschlechtes, der Rasse, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses.

In Paragraph 2 des Schulorganisationsgesetzes ist die Aufgabe der österreichischen Schule wie folgt dargelegt:

"Die österreichische Schule hat die Aufgabe, an der Entwicklung der Anlagen der Jugend nach den sittlichen, religiösen und sozialen Werten, sowie nach den Werten des Wahren, Guten und Schönen durch einen ihrer Entwicklungsstufe und ihrem Bildungsweg entsprechenden Unterricht mitzuwirken. Sie hat die Jugend mit dem für das Leben und den künftigen Beruf erforderlichen Wissen und Können auszustatten und zum selbsttätigen Bildungserwerb zu erziehen.

Die jungen Menschen sollen zu gesunden, arbeitstüchtigen, pflichttreuen und verantwortungsbewußten Gliedern der Gesellschaft und Bürgern der demokratischen und bundesstaatlichen Republik Österreich herangebildet werden. Sie sollen zu selbständigem Urteil und sozialem Verständnis geführt, dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen sowie befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken."

Die Erziehung zur Gemeinschaft ist einerseits Werterziehung durch die Hervorhebung der sozialen Werte, andererseits soll die Jugend zu sozialem Verständnis geführt werden, sie ist staatsbürgerliche Erziehung und staatsbürgerliche Bildung, sie ist Erziehung zur Toleranz, sie ist Erziehung zu Europa und Erziehung zum Frieden in der Welt.

Diese Aufgabe gilt für die allgemeinbildenden Pflichtschulen, die allgemeinbildenden höheren Schulen, das sind die Gymnasien, Realgymnasien mit ihren Sonderformen, sie gilt für die berufsbildende Pflichtschule für Lehrlinge, für die berufsbildenden höheren und mittleren Lehranstalten und ihre Sonderformen, für die Anstalten der Lehrer- und Erziehungsbildung für Pädagogischen Akademien und verwandten Lehranstalten.

Die theoretischen Darlegungen über staatsbürgerliche Erziehung waren schon in der ersten Republik der Lehrerschaft bekannt.

Ich verweise auf die entsprechenden Werke Friedrich Wilhelm Foerstes und Georg Kerschensteiners. Die staatsbürgerliche Belehrung allein genügt nicht, es muß das staatsbürgerliche Erlebnis, die Begegnung mit Institutionen des Staates und das Vorbild hinzukommen. Das Vorbild ist sehr bedeutsam. Leidenschaftlichkeit, Zügellosigkeit in Auseinandersetzungen, hemmungslose Herabsetzung der Meinung anderer, Lügen und Verdrehungen zerstören das demokratische Zusammenleben. Wir haben unsere Demokratie einmal verloren und haben Diktatur und Terror in so hohem Maße kennengelernt, daß die Demokratie für uns in Österreich ein unersetzliches Gut geworden ist. Sehr maßgeblich für die staatsbürgerliche Erziehung ist der Geschichtsunterricht. Wir bezeichnen den Unterrichtsgegenstand als Geschichte und Sozialkunde. Ein österreichischer Schulmann, Dr. Franz Berger, schreibt über das neue Fach:

"Wird die Sozialkunde richtig in den Geschichtsunterricht eingebaut, so kann diese Aufgabe leicht erfüllt werden. Die Schüler werden lernen, aus dem Verlauf der Geschichte jene Probleme zu erkennen, die für das Dasein der Menschen und Völker, ihr Mit- und Gegeneinander, die Integrationen und Auseinandersetzungen kennzeichnend sind. Sie werden gewisse Grunderfahrungen machen: Daß fast ausschließlich das Machtstreben, die Ländergier und die Unnachgiebigkeit einzelner immer wieder zu Kriegen geführt haben oder daß der erbitterte Kampf zwischen Mächtigen und Machtlosen, Bedrückern und Unterdrückten, Bevorrechteten und Rechtlosen fast gesetzmäßig zu Aufruhr, Umsturz und Revolution führt. Sie werden andererseits erkennen, wie stark durch die Jahrhunderte das Streben der Menschen nach friedlicher Koexistenz, nach Vereinigung in kleineren oder größeren Gemeinschaften ist und daß die gesellschaftlichen Ordnungen niederer und höherer Art, die in Organisationen und Bündnissen, Verfassungen und Verträgen ihren Ausdruck finden, für das Zusammenleben der Menschen unerläßlich sind.

Wenn die Schüler aus solchen grundsätzlichen Erfahrungen die Erkenntnis ableiten, daß Unterdrückung, Unduldsamkeit und Fanatismus zu allen Zeiten die einzelnen Menschengruppen, Nationen und Religionsgemeinschaften, Klassen und Stände gegeneinander aufgewiegelt haben, dann wird ihnen von selbst klarwerden, daß Verständnis und Ausgleich, Einsicht und Toleranz die wichtigsten Grundlagen des menschlichen Daseins sind und bleiben.

So gesehen kann die Sozialkunde neben der wissenschaftlichen auch eine eminent pädagogische Aufgabe erfüllen. Sie kann zu einer wahren ars humana werden."

Die Geschichte muß bis auf den heutigen Tag fortgeführt werden. Wir bezeichnen die letzten, für die Gegenwart so entscheidenden Jahrzehnte als Zeitgeschichte, deren Aufgabe die Bewältigung der jüngsten Vergangenheit ist. Der österreichische Bundespräsident Karl Renner hat in seinem Werk "Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik" mit Kritik nicht gespart. Im Vorwort zu diesem Werk, das er in der Zeit seiner unfreiwilligen Muße geschrieben hat, legt er folgendes dar: er wolle "durch die Kritik der verhängnisvollen Irrtümer seiner Zeit die künftigen Sachwalter der Republik von deren Wiederholung behüten". Mit anderen Worten, die Jugend unseres Landes soll vor den Irrtümern ihrer Väter und Großväter bewahrt bleiben und die Irrwege ihrer nächsten Vorfahren nicht beschreiten. Nur so kann die Vergangenheit bewältigt werden. Die Schulverwaltung und die Schulaufsicht müssen dieser Aufgabe höchstes Augenmerk zuwenden und alles veranlassen, um die Lehrerschaft mit den entsprechenden Schriften auszustatten.

Letzten Endes ist Erziehung zur Gemeinschaft sittliche Erziehung. Ich nenne sie erst am Ende, obwohl sie den höchsten Vorrang einnimmt. Die Ethik der Gesinnung war zu wenig, das kämpferische Ethos der NS-Zeit war ein Irrweg, der zur Vernichtung, ja Ausrottung Andersdenkender geführt und größtes Unglück über die Menschheit gebracht hat.

Die sittliche Erziehung kann nur eine Erziehung zu sittlicher Verantwortung im Geschehen des Lebens sein. Von Humanität reden bedeutet noch lange nicht human zu sein.

Die Berufserziehung in den Werkstätten und Büros umfaßt auch die Erziehung des Einzelnen zur Gemeinschaft. Hier wird noch manches einer Pädagogisierung unterzogen werden müssen. Die Jugendverbände sind Einrichtungen der Erziehung zur Gemeinschaft, sonst müßten sie jedes höheren Sinnes und Wertes entbehren.

Es obliegt mir nun noch eine Stätte der Erziehung zu erwähnen, das sind die Hochschulen. Seit langem bemüht man sich um ein neues, der Zeit entsprechendes Hochschulstudien-gesetz. In diesem Gesetz muß das enthalten sein, was zur Fortsetzung der erzieherischen Aufgaben des Schulorganisations-gesetzes dient. Die künftigen Techniker, Wirtschaftsführer, staatlichen Verwalter, Lehrer, Mediziner und Theologen müssen zu einem Verhalten geführt werden, das ihnen eine Elite-stellung in der Gemeinschaft sichert. Die Begabten sollen studieren, für die Studenten muß der Staat durch die beste Ausstattung seiner hohen Schulen sorgen. Der Platz des Akademikers ist ein Platz an der Spitze, für das Volk, durch das Volk. Es ist zu hoffen, daß alles geschieht, um hohe Schulen und Akademiker volksverbunden zu erhalten, denn die Begriffe Elite und Demokratie dürfen in keinem Gegensatz zueinander stehen.

Die heutige Zeit ist eine Zeit, die zum Ausgleich der Gegensätze drängt, die Spannungen löst, Widersprüche beseitigt, wenn man den Frieden erringen und erhalten will. Das Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft soll eine Beziehung ohne Gegen-sätze, ohne Spannungen und ohne Widerspruch sein. Nach all dem Schweren und Entsetzlichen, das die Generation der Kriegs- und der Nachkriegszeit erlebt hat, gibt es keine bessere Aufgabe für diese Generation, als der Jugend von heute eine gute, friedliche Gemeinschaft vorzubereiten.

In der Befolgung der Mahnung am ersten Tage des Europa-Gespräches habe ich mich sehr ausführlich mit der konkreten Seite des Problems befaßt. Das konnte natürlich nur im Hinblick

auf Österreich geschehen, indem ich die Bestrebungen der österreichischen Schule darlegte.

Das soll aber keineswegs heißen, daß wir uns einbilden, in besonderem Maße Vorbild zu sein. Wir bemühen uns, sind aber dankbar für jede Anregung, die aus anderen Staaten kommt. Die Erziehung zur Gemeinschaft geht weit über den Rahmen des eigenen Landes hinaus. Letzten Endes ist die Gemeinschaft Europas und aller Völker der Welt unser Ziel. In den Fragen der Integration konnte Österreich eine Menge Erfahrungen sammeln in der Zeit des großen Donaustaates mit seinen 12 verschiedenen Völkern. Schon im Revolutionsjahr 1848 dachte man daran, Österreich in seinen Bundesstaat der verschiedenen Völker umzugestalten. Der Ausgleich mit Ungarn war der Anfang, dem leider kein Ausgleich mit Böhmen und kein Ausgleich mit den anderen Völkern folgte. Gute Ratschläge waren vorhanden. Als man sich anschickte, sie im Jahre 1918 zu befolgen, war es zu spät. Der Donaustaat verfiel. Die nationalen Gegenstände entstanden in den Städten, in den Schutzvereinen, wurden in der Presse und Literatur vertreten. Der heute schon erwähnte Karl Renner beschreibt in seinen Lebenserinnerungen das Leben auf dem Lande in der Zeit seiner Jugendjahre, wo man deutsche Kinder in tschechische Familien gab, um die Sprache der Nachbarn zu erlernen und dafür ein tschechisches Kind in der eigenen Familie aufzunehmen. Zwischen den deutschen und tschechischen Familien entwickelte sich eine enge Freundschaft. Jedes Kind hatte seinen Vater und seine Mutter, aber auch seinen otec und seine matka. Das war die Integration jener, die praktisch zu denken verstanden, der unbeeinflussten bäuerlichen Bevölkerung. Die Methode läßt sich heute zwischen den Nationen Europas nicht mehr anwenden. Aber der Geist, der diese Methode ersann, ist heute wie damals aktuell. Einander kennenlernen, Sprachen studieren, einander begegnen, Freundschaften schließen, das sind die Brücken, die zueinander führen. Wenn wir die Integration Europas beschleunigen wollen, dann ist dies alles ein Stück unserer Erziehungsarbeit. Zwischen Völkern gibt es keine Feindschaften, wenn man sie nicht hineinträgt und wenn man nicht Haß sät. Die Anlage, sich zu vertragen, ist da. Das ist eine Grundlage für die Erziehung zur Gemeinschaft der Nationen.

Elternbeirat beriet Probleme des 9. Schuljahres
=====

17. Juni (RK) Im Gelände des Stadtschulrates für Wien fand heute eine Sitzung des Elternbeirates statt. Diese Einrichtung gibt den Eltern die Möglichkeit, mit der Schulbehörde über Fragen, die die Bildungsarbeit an den Kindern betreffen, zu diskutieren. In den Elternbeirat schicken die Österreichischen Kinderfreunde, der Hauptverband katholischer Elternvereine, der katholische Familienverband der Erzdiözese Wien, der Landesverband der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen, der Zentralverband der Elternvereine an Mittelschulen und der Österreichische Familienbund ihre Vertreter.

In der heutigen Sitzung wurden unter dem Vorsitz von Stadtschulratspräsidenten Dr. Max Neugebauer vor allem Fragen besprochen, die mit der Verlängerung der Schulpflicht zusammenhängen. Präsident Dr. Neugebauer konnte berichten, daß in Wien alles für einen reibungslosen Beginn des neunten Schuljahres vorgesehen sei. Es kam auch zur Sprache, daß in letzter Zeit immer mehr Eltern ihre Kinder an Samstagen oder an anderen Tagen, an denen Unterricht gehalten wird, auf Reisen oder Urlaubsfahrten mitnehmen. Präsident Dr. Neugebauer bat die Eltern um Verständnis dafür, daß die Lehrpersonen jede Minute zur Arbeit nützen müssen und daß es nicht angeht, Kinder von der Schule fernzuhalten.

- - -

Männergesangsverein "Frohsinn" konzertiert im Rathaus
=====

17. Juni (RK) Der rund 100 Mann starke Männergesangsverein "Frohsinn" aus Elz in Hessen, der auf Einladung des Sängerkreises V im Sängerbund für Wien und Niederösterreich nach Wien gekommen ist, brachte heute im Großen Festsaal des Rathauses zu Ehren Bürgermeister Bruno Mareks ein Ständchen. In Vertretung des Stadtoberhauptes begrüßte Stadtrat Rudolf Sigmund die deutschen Gäste herzlich und wünschte ihrem Wiener Gastspiel besten Erfolg. Stadtrat Sigmund überreichte dem Chorleiter Franz Schlaud zur Erinnerung an das Ständchen im Rathaus eine Johann Strauß-Statuette aus Augartenporzellan und den Chormitgliedern Bildbände von Wien.

Stadtrat Sigmund überbrachte den ~~hessischen~~ hessischen Sängern den Dank der Wiener Stadtverwaltung für 80 Eintrittskarten zu ihrem morgigen Konzert im Mozartsaal des Konzerthauses und teilte mit, daß diese 80 Karten den Insassen der Wiener Pensionistenheime zur Verfügung gestellt wurden.

Der Vorsitzende des Gesangsvereines Fred Dernbach dankte für den herzlichen Empfang der Stadt Wien und überbrachte ein Erinnerungsgeschenk seiner Heimatstadt.

Das große Chorkonzert des **Männergesangsvereins "Frohsinn"**, der im Festsaal des Rathauses durch eine beachtliche stimmliche und musikalische Leistung Aufsehen erregt hat, findet morgen um 19.30 Uhr im Mozartsaal des Wiener Konzerthauses statt. Es steht unter dem Ehrenschutz von Bürgermeister Bruno Marek und bringt Werke von Franz Schubert, Robert Schumann und anderen.

- - -

Über Finanzausgleich muß verhandelt werden!

=====

Resolution des Hauptausschusses des Österreichischen Städtebundes

17. Juni (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Marek, Wien, Dipl.-Ing. Scherbaum, Graz, und DDr. Lugger, Innsbruck, fand am Mittwoch über Einladung von Bürgermeister Dr. Tizian in Bregenz eine gemeinsame Sitzung des Haupt- und des Finanzausschusses des Österreichischen Städtebundes statt, in der der vor wenigen Tagen versendete Entwurf des Bundesministeriums für Finanzen zu einem Finanzausgleichsgesetz 1967 behandelt wurde. Es handelt sich um einen reinen Ministerialentwurf, der ohne Fühlungnahme mit Ländern und Gemeinden erarbeitet wurde. Zu diesem Gegenstand beschloß der Hauptausschuß des Österreichischen Städtebundes nach einem Bericht von Vizebürgermeister Slavik einstimmig eine Resolution folgenden Wortlautes:

"Vor wenigen Tagen hat das Bundesministerium für Finanzen den Entwurf eines Finanzausgleichsgesetzes 1967 zur Begutachtung versendet. Der Hauptausschuß des Österreichischen Städtebundes gibt der sicheren Erwartung Ausdruck, daß die österreichische Bundesregierung eine Regierungsvorlage zur Neuregelung des Finanzausgleichs erst dann dem Nationalrat zuleiten wird, wenn darüber mit den Gebietskörperschaften, also den Bundesländern, dem Städtebund und dem Gemeindebund, ein Einvernehmen erzielt worden ist (paktierter Finanzausgleich).

Der bisher in Geltung stehende Finanzausgleich des Jahres 1959 wurde in langwierigen Verhandlungen eingehend vorberaten und hat sich in seinen Grundzügen bewährt. Es muß daher auch für die Zukunft sichergestellt werden, daß auf Grund eingehender Beratungen und Berechnungen die Auswirkungen einer kommenden Neuregelung im wesentlichen im voraus festliegen und die Erfüllung - der ständig wachsenden Aufgaben der Gebietskörperschaften gewährleistet ist. Eine solche Lösung aber kann nach den Erfahrungen der letzten Jahre nur in einem Finanzausgleich liegen, dem eine

./.

einvernehmliche Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und den Gemeindeverbänden zugrundeliegt."

Die Sitzung wurde durch ein Referat des Vorarlberger Landeshauptmannes Dr. Keßler über Probleme der Raumplanung in den Gemeinden Vorarlbergs eingeleitet. Dr. Keßler, der früher Bürgermeister von Rankweil war, konnte dabei die rechtlichen und die praktischen Notwendigkeiten aus der Sicht eigener Erfahrungen darstellen. Anschließend sprach der Salzburger Bürgermeister Bäck über Altstadtsanierung, der unsere Gemeinden in Zukunft ihr besonderes Augenmerk zu schenken haben werden.

Nach der Behandlung der Probleme des Finanzausgleichs erstattete Senatsrat Dr. Machtl, Wien, über eine Reihe aktueller finanzieller Gesetzesvorlagen Bericht. Stadtrat Bock, Wien, berichtete über Beratungen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten über die Forderung nach Einrechnung gewisser Zulagen in die Pensionsbemessungsgrundlage. Schließlich hielt Obermagistratsrat Dr. Meister, Salzburg, ein Referat über die Handhabung des Wählerevidenzgesetzes und des Meldegesetzes.

- - -